

UNIA

DIE ZEITUNG DER GEWERKSCHAFT.



work

Labubus: Herzige Plüschmonster, hässliche Kinderarbeit. Seite 8



LMV 2026 So haben wir gekämpft

Die Demos, die Verhandlungen, die Ergebnisse

Seite 7

FOTOS: LUCAS DUBUIS / MANU FRIEDRICH / GAËTAN DAUZY / ZVG

Klimafonds: Neue gute Jobs

Mit einem Ja am 8. März bremsen wir die Klimaerhitzung. Und das nicht auf dem Buckel der Lohnabhängigen. Seite 9

Lohnrunde: So sieht's aus

Der grosse Überblick. Seiten 16–17

Vania Alleva: Das ist unsere Stärke

Die Unia-Chefin spricht im grossen work-Interview über die wichtigsten Erfolge 2025 und die 2026 anstehenden Herausforderungen. Seiten 10–11





MEDIENSPIEGEL

Das Jahr scheint schon alt, arg lädiert, bevor es überhaupt so richtig begonnen hat: Die Brandkatastrophe von Crans-Montana (und plötzlich war die Medienwelt voller selbsterklärender Brandspezialisten) oder die Entführung des venezolanischen Präsidenten Maduro durch die USA (und plötzlich schossen ältere Herren als Lateinamerika-Experten wie Pilze aus dem Boden). Das US-Regime, das seine vor langer Zeit angekündigten Pläne mit akribischem Wahn umsetzt. Dazu ein Europa, das fassungslos zuschaut. Wenn es denn nicht gar applaudiert (Seiten 6, 12 und 13).

SPIEGELKABINETT. Denn das Verrückte ist ja: das US-Regime handelt auch nach europäischem Vorbild und ist selbst wiederum Vorbild für Europa. Ein globales Spiegelkabinett, vereint gegen Migrantinnen und Bürzer,

Der Name des FPÖ-Radios spiegelt über den Atlantik: «Austria First». gegen Grundrechte und soziale Gerechtigkeit. Was diese Kräfte auch eint: ihre brillante Beherrschung der Medien. Die rechts-extreme AfD hat Tik Tok schon bespielt, als andere noch dachten, die chinesische Social-Media-Plattform sei eine Uhr. Die grossen US-Medienhäuser berichten (zunehmend) trumpkonform, wenn nicht, werden sie mit Millionenklagen eingedeckt. Und jetzt also auch noch die FPÖ in Österreich unter ihrem rechtsextremen Parteichef Herbert Kickl.

AUSTRIA FIRST. Nebst ihren sehr erfolgreichen Social-Media-Kanälen hat die FPÖ jetzt ein eigenes Radio lanciert. Erfreulich daran: das Radio lebt. Alles andere ist gelinde gesagt unschön. Der Name spiegelt über den Atlantik: «Austria First». Das mit Spendemillionen finanzierte Radio sendet via App oder Internet bekannte Hits aus aller Welt (es wird gemunkelt, österreichische Künstlerinnen und Künstler hätten ihre Songs dem Sender nicht zur Verfügung stellen wollen). Mit News von wohlklingenden Profis gesprochen, jedoch mit klar rechter Schlagseite. Also kein Parteiradio im engeren Sinne. Eher ein «Dudelradio, das so im Hintergrund in vielen Geschäften oder Werkstätten, Büros den ganzen Tag laufen könnte».

LÜGENPRESSE. Das eigene Radio begründet die Partei mit der Behauptung, sie werde in den anderen Medien zu wenig abgebildet. Allerdings: Parteichef Kickl hat zig Anfragen des öffentlich-rechtlichen Senders ORF abgelehnt. Ihre Kanäle sieht die FPÖ als Alternative zu den Mainstreammedien oder zur «Lügenpresse». Seit vielen Jahren hetzen Rechte gegen die etablierten Medien, diffamieren sie als linkslastig. Die einzige wahren Infos gebe es nur auf ihren Kanälen. Da sehen sich FPÖ, SVP & Co. gegenseitig im Spiegel.

PIROUETTEN. In der Schweiz manifestiert sich das mit der Halbierungsinitiative. Die SVP will damit die SRG zerstören, obwohl das Schweizer Radio- und Fernsehen weit davon entfernt ist, «links unterwandert» zu sein. Doch es wäre schon ganz praktisch für die SVP, wenn es keine kritischen Fragen mehr gäbe, keine öffentliche Konfrontation mehr mit Andersdenkenden. Dann könnte sie noch ungehemmter aus vollen Kanälen schiessend argumentative Pirouetten drehen. Und sich selbst dabei im Spiegel ihrer rechten Freundinnen und Freunde bestaunen.

Temporärbüro blockiert Tausende Franken Taggelder Wenn der Chef sich zum Richter aufspielt

Die Temporärbüro Aidas aus der Ostschweiz hält Tausende Franken Taggelder eines verunfallten Maurers zurück. Als der Arbeitsunfähige seine Rechte geltend macht, droht sie mit einer Klage.

IWAN SCHAUWECKER

Heinz Boog, der Geschäftsführer des Temporärbüros Aidas, macht gerne auf Saubermann. Auf der Website seiner Firma präsentiert er sich und seine Mitarbeiter in Anzug und Edelweisshemd. Doch der Umgang mit einem verunfallten Maurer und seinen Taggeldern verlief bisher alles andere als sauber. Im vergangenen Herbst stellte Boog den Maurer Leon David* (58) für die Dauer von 12 Wochen ein. Doch bereits in der vierwöchigen Probezeit wurde ihm wegen angeblich «unzureichender Leistung» gekündigt. Auffällig: Die Kündigung erfolgte just am Tag, als David einen Unfall hatte. Nach einem Schwindelanfall hatte er sich beim Sturz aus dem Auto eine Gehirnerschütterung zugezogen.

6734 FRANKEN VORENTHALTEN

Seither ist David arbeitsunfähig. Doch die 6734 Franken Taggelder der Unfallversicherung Suva, die Aidas dem Maurer seit einem Monat schuldet, werden von der Temporärbüro blockiert. Für Maurer David eine Katastrophe. Er sagt: «Ich kann die Miete für unsere Wohnung nicht mehr be-

Die Kündigung erfolgte just am Tag, als David einen Unfall hatte.

zahlen. Der Chef von Aidas macht meine Familie kaputt.» Deshalb holte er sich Hilfe bei Unia-Mann Lukas Auer. Dieser forderte die umgehende Auszahlung der Taggelder.

David sei schon im Sommer für Aidas im Einsatz gewesen, schrieb Boog per Mail an Auer. Und weiter: Bereits damals habe sich David «genau vor den Sommerferien den Daumen eingeklemmt» und dann eine Genesungszeit von über 6 Wochen «in Anspruch genommen». In dieser Zeit sei er «nach Kosovo in die Ferien» und habe sich diese «von

* Name geändert



DER CHEF MAUERT: Nach dem Unfall des Mitarbeiters stellt sich Aidas-Chef Heinz Boog quer und behält Zahlungen der Suva ein. FOTOS: KEYSTONE/PD

uns und unserer Suva finanzieren lassen». David bestreitet dies vehement. Nichts liege ihm ferner, als sich selbst zu verletzen. In die Ferien verreist seien damals nur seine Frau und seine Kinder. Boog scheint David aber ganz grundsätzlich zu misstrauen.

ARZT BESTÄTIGT PROBLEME

Boog schickte David nach seinem zweiten Unfall zu einem Vertrauensarzt. Dieser bestätigte in einem Arztzeugnis die gesundheitlichen Probleme. Die Aussagen seien glaubhaft und widerspruchsfrei. Es sei mit einer Arbeitsunfähigkeit von mehreren Monaten zu rechnen, schrieb der Vertrauensarzt. Auf diese Aussagen stützte sich auch die Suva und zahlte die Taggelder an Aidas aus. Sowohl das Arztzeugnis wie die Abrechnung der Suva liegen work vor. Doch was tat Temporärchef Boog? Er behielt die Gelder einfach zurück – und empörte sich über die ärztlich verordnete Genesungszeit, da sich David ja «lediglich den Kopf gestossen» habe.

INS BÜRO ZITIERT

Als Begründung für die Nichtauszahlung machte Boog geltend: David sei trotz seinen Anweisungen nicht zu ihm ins Büro gekommen. Unia-Mann Auer winkt ab: «Ein Arbeitnehmer muss nicht im Büro erscheinen, solange ein Arbeitsunfähigkeitszeugnis vorliegt. Hier scheint eine Macht-demonstration beabsichtigt zu sein, um

weiteren Druck auszuüben.» Weil der Personalverleiher die geschuldeten Taggelder weiterhin blockiert, ging Auer mit einer Betreibung gegen das Unternehmen vor. Inzwischen ist eine Schlüchtigung eingeleitet. Boog dagegen versucht es mit Einschüchterungen. Unia-Mann Auer stellte er eine Anzeige «wegen übler Nachrede» in Aussicht. Und Bauarbeiter David liess er ausrichten, einen allfälligen Umsatzverlust, «den wir wegen (...) einer ungerechtfertigten Betreibung erleiden», vollständig in Rechnung zu stellen.

ARBEITGEBER IST NUR ZAHLSSTELLE

Regula Dick ist Leiterin der Rechtsabteilung der Unia. Sie stellt klar: «Der Arbeitgeber fungiert als Zahlstelle der Unfallversicherung. Die Gelder gehören nicht ihm, und er darf darüber nicht verfügen.»

Wenn ein Arbeitgeber begründete Zweifel an den Angaben eines Arbeitnehmers zu einem Unfall hat, muss er dies der Unfallversicherung melden. Diese hat dann die Abklärungspflicht. Dick sagt: «Es ist nicht am Arbeitgeber zu entscheiden, ob die Leistungen geschuldet sind oder nicht.» Nach Rücksprache mit Unia-Mann Auer wird die Suva die weiteren Taggelder nun direkt an David auszahlen. Was Boog mit den eingesackten Taggeldern seines Arbeiters vorhat, will er work nicht verraten. Überhaupt will er gar nichts zu diesem Fall sagen, «aus Datenschutzgründen».

Die neuste Oxfam-Studie belegt die beschleunigte Ungleichheit Die 12 Reichsten besitzen mehr als die halbe Weltbevölkerung

Am WEF trifft sich dieses Jahr die autoritäre Rechte mit den Konzerneliten. Sie präsentieren ihre Rezepte zur Sicherung ihrer Herrschaft und ihrer Vermögen.

IWAN SCHAUWECKER

Die 12 reichsten Menschen sind heute reicher als die ärmere Hälfte der Weltbevölkerung. Die Vermögen der Milliardäre wuchsen 2025 weltweit erneut um rekordhohe 16 Prozent. Und Elon Musks Vermögen wächst inzwischen so schnell, dass er in vier Sekunden mehr verdient als ein Mensch mit einem durchschnittlichen Einkommen in einem ganzen Jahr. Diese verrückten Zahlen liefert die Not-



MILLIARDEN-MEETING: Der WEF-Jahrmarkt der Eitelkeiten in Davos. FOTO: KEY

hilfe- und Entwicklungsorganisation Oxfam in ihrem neusten, ausführlichen Bericht zur weltweiten Ungleichheit.

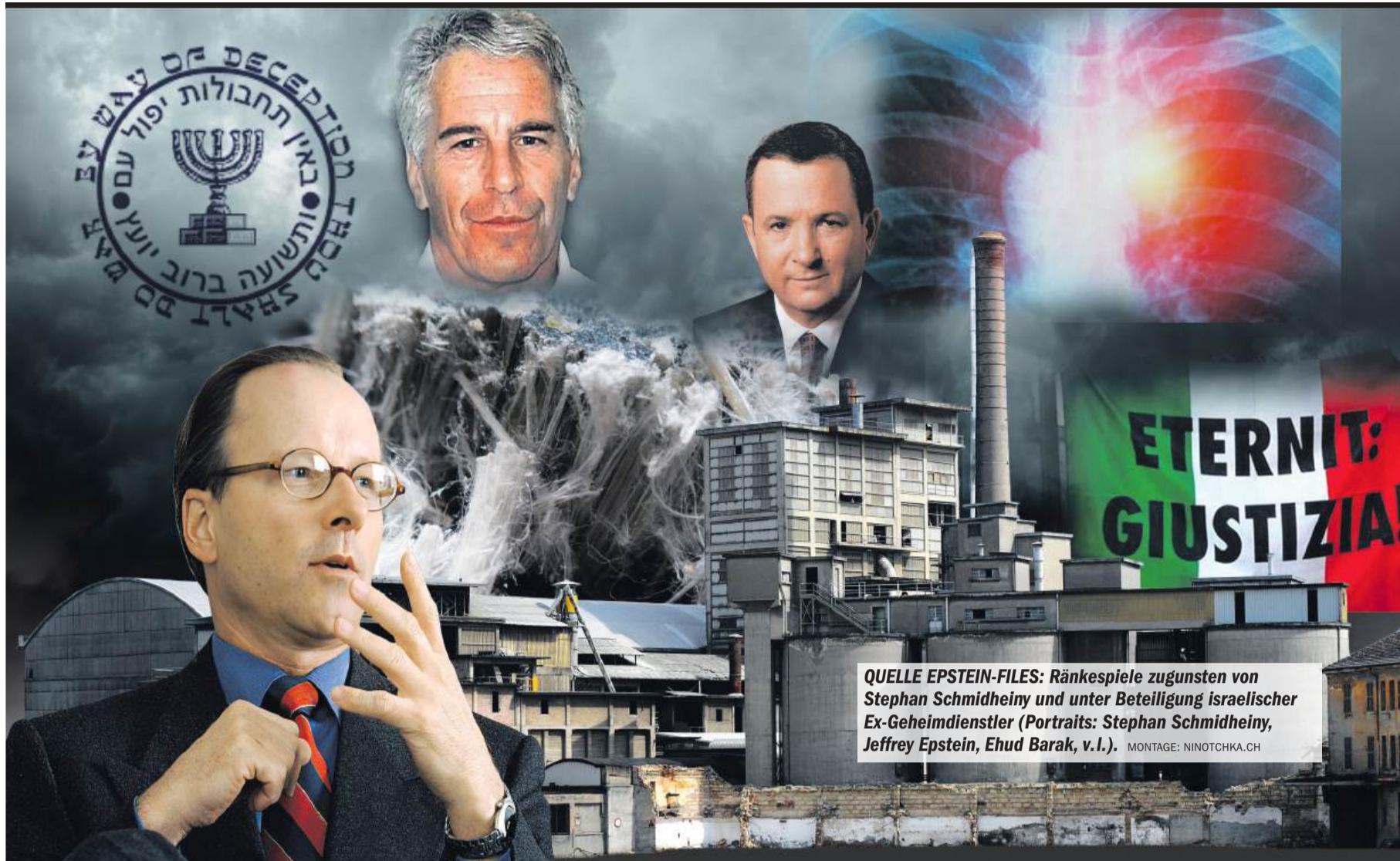
IMMER WENIGER STAAT. Seit dem ersten WEF-Treffen im Jahr 1971 hat sich das Weltvermögen

mehr als verfünfacht und gleichzeitig stark von staatlichen zu privaten Akteuren verschoben. Der Anteil an öffentlichem Vermögen, etwa von Schulen, Spitätern oder staatseigenen Unternehmen, nahm in den letzten 50 Jahren von 28 Prozent des Weltgesamtvermögens auf heute nur noch 12 Prozent ab. Ganz im Sinne der Manager und neoliberalen Politikerinnen, die sich am WEF treffen und Freihandel und Marktwirtschaft predigen.

Dieses Jahr geben vor allem die autoritären und teilweise rechtsextremen Kräfte den Ton an. Neben Regierungschefs wie Donald Trump, Ägyptens Präsident und Militärdiktator Abdelfatah al-Sisi oder Argentiniens Präsident, «Kettensägenmann» Javier Milei, kommt

auch erstmals der britische Rechtspopulist Nigel Farage. Als Alternative zur Uno weibelt Trump auch für das neu eröffnete und von ihm präsidierte «Board of Peace», mit dem er in Zukunft internationale Konflikte regeln will. Der Eintrittspreis für Staaten zu diesem Trump-Gremium liegt bei einer Milliarde US-Dollar.

TECHKONZERNE. Auf der Seite der Konzerne sind neben Schweizer Firmen wie UBS und Novartis vor allem die CEO der Techkonzerne auf der Rednerliste des WEF. Um die durch Armut und Demokratieabbau entstehenden Aufstände bekämpfen zu können, sind Regierungen auf deren Technologie angewiesen. Neben Meta und Google preist sich vor allem der Überwachungskonzern Palantir an.



FOTOS: GETTY IMAGES; KEYSTONE (2); ADOBE STOCK; WIKIMEDIA; ILLU: NINOTCHKA.CH

Asbest-Chronik Von der Wunderfaser zum Weltproblem

1939 – Die Suva erkennt einen ersten Asbestfall als Berufskrankheit.

1953 – Die Suva stuft Asbestose generell als entschädigungspflichtige Berufskrankheit ein – zwanzig Jahre nach Deutschland und Österreich.

1964 – US-Forscher Irving Selikoff beweist: Schon kleinste Mengen Asbestfasern können Krebs verursachen.

1976 – Stephan Schmidheiny übernimmt die Führung der Eternit AG.



BESTSELLER: Bluemetrogli mit Asbestfasern. FOTO: KEY

1984 – GBH und SGB lancieren eine Kampagne für das Asbestverbot in der Schweiz.

1986 – Die Eternit-Fabrik in Casale Monferrato (Italien) schliesst.

1990 – Die Schweiz verbietet Asbest. Das Verbot tritt am 1. März in Kraft.

1992 – Italien verbietet Asbest.

2005 – EU-weites Asbestverbot. Schweiz: Beim Umbau des Sulzer-Hochhauses in Winterthur werden 140 Tonnen Asbest entdeckt.

2011 – Schmidheinys «offerta del diavolo»: Entschädigungsangebot gegen Schweigen. Casale Monferrato lehnt ab.

2012 – Turin verurteilt Schmidheiny zu 16 Jahren Haft wegen «Umweltkatastrophe».

2014 – Die Kassation hebt das Urteil wegen Verjährung auf. Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte verurteilt die Schweiz im Fall Moor: Die Verjährungsfristen sind zu kurz.

2017 – Der Entschädigungsfonds für Asbestopfer (EFA) nimmt in der Schweiz seine Arbeit auf.

2020 – Die Schweiz verlängert die Verjährungsfrist von 10 auf 20 Jahre.

2023 – Eternit Bis: Schmidheiny wird in Novara zu 12 Jahren verurteilt.

2024 – Der EGMR verurteilt die Schweiz erneut (Fall Jann). In Italien: ca. 2000 Mesotheliom-Diagnosen jährlich.

2025 – Berufungsgericht Turin: 9 Jahre und 6 Monate für Schmidheiny. Die Verteidigung legt Kassationsrekurs ein.

Heute – Noch immer kein globales Asbestverbot. Jährlich sterben über 100 000 Menschen an den Folgen von Asbest.

Neue Enthüllungen zum Asbest-Skandal: Schmidheiny, Epstein und der Mossad

Seit Jahrzehnten wehrt sich der Schweizer Asbest-Milliardär Stephan Schmidheiny mit vielen Mitteln gegen italienische Richter, die ihn ins Gefängnis schicken wollen.

CLEMENS STUDER

Am 4. Januar 2026 flimmerte über die italienischen Bildschirme eine Rai-3-Sendung, die das Land seither aufwühlt (rebrand.ly/rai-schmidheiny). Das Investigativmagazin «Report» präsentierte E-Mails, die aus den sogenannten Epstein-Files stammten, also jenem Fundus an Dokumenten, die nach dem Tod des US-Milliardärs und verurteilten Sexualstraftäters Jeffrey Epstein stückweise öffentlich wurden und werden. Sie zeichnen ein verstörendes Bild: Im Vorfeld des Kassationsurteils von 2014 im grossen Eternit-Prozess war offenbar ein internationales Netzwerk zugunsten von Stephan Schmidheiny aktiv – (ehemalige) Agenten des israelischen Geheimdienstes Mossad inklusive. Und sogar Fluchtpläne für den Fall einer definitiven Verurteilung sollen geschmiedet worden sein.

GERICHT KNICKT EIN

Im Zentrum steht ein Name, der weit über die Asbest-Affäre hinausreicht: Ehud Barak. Der frühere israelische Premierminister, Ex-Verteidigungsminister und ehemaliger Chef des militärischen Geheimdienstes seines Landes gehört zu jenen Politikern, die in den Epstein-Files wiederholt auftauchen. Barak war ein Vertrauter Epsteins, liess sich von dessen Firmen bezahlen und wurde mehrfach in seiner Gesellschaft fotografiert.

Die Korrespondenz, die «Report» zeigt, läuft über Heinz Pauli, den langjährigen Vertrauten des Schweizer Milliardärs Stephan Schmidheiny. Sein Gesprächspartner: Avner Azulay, ein ehemaliger hochrangiger Mossad-Offizier, der in Europa als Verbindungsmanntätig war. Azulay leitet die Anfragen direkt weiter an Barak. Schmidheiny selbst wird in den Mails konspirativ nur mit dem Kürzel «STS» bezeichnet.

Die in den E-Mails skizzierte Strategie ist klar: Man will «diskret in den Kreisen der römischen Gesellschaft arbeiten» und einflussreiche Meinungsführer davon überzeugen, dass eine Verurteilung Schmidheinys dem internationalen Ansehen Italiens schaden und Investoren abschrecken könnte. Im Ok-

tober 2013 ist ein grosses Treffen zwischen Baraks Team und Schmidheinys Beratern in Zürich geplant.

Die E-Mails zeigen noch mehr: Für den Fall, dass die Kassation die 18jährige Haftstrafe bestätigen sollte, wurden konkrete Ernstfallszenarien entworfen. Die Beteiligten diskutierten Sicherheitsgarantien, Möglichkeiten des Untertauchens und den Umgang mit einem möglichen europäischen Haftbefehl.

Am 19. November 2014 hebt die italienische Kassation die 18jährige Haftstrafe gegen Schmidheiny auf – wegen Verjährung. Noch in derselben Nacht schreibt Pauli an Azulay: «Ich möchte meine tiefe Dankbarkeit ausdrücken für die Hilfe und die Anstrengungen zugunsten der Sache von STS.»

DER ASBESTFONDS

Seit 2017 bietet der von den Gewerkschaften initiierte Entschädigungsfonds für Asbestopfer unbürokratisch Hilfe für Betroffene und Angehörige. Mehr Infos www.stiftung-efa.ch.

In Italien schlägt die Rai-3-Sendung ein wie eine Bombe. «La Stampa» titelt: «Epstein und das Netzwerk, das zu Mister Eternit führt». «La Voce» schreibt: «Der Eternit-Prozess war nie nur ein italienischer Prozess». Die Opfervereinigung AFEVA reagiert erschüttert. Ob die Kontakte das Urteil tatsächlich beeinflusst haben, ist nicht bewiesen. Schmidheinys Anwälte lassen über «Report» ausrichten, Pauli habe «nie ein offizielles Mandat» gehabt, und Schmidheiny habe «keine Geldzahlungen geleistet».

TÖDLICHE FASER, ÜBERWACHTE OPFER

Was heute als Skandal gilt, begann als Erfolgsgeschichte. Asbest war billig, hitzebeständig, vielseitig – eine «Wunderfaser». Die Schweizer Industriellenfamilie Schmidheiny machte mit ihrer Eternit AG in Niederurnen ein Vermögen. Weltweit entstanden Fabriken. In den 1960er Jahren bewies der US-Forscher Irving Selikoff: Schon kleinste Fasermengen können tödlichen Krebs verursachen. Die Industrie vertuschte. Stephan Schmidheiny übernahm 1976 die Führung der Eternit AG. Er wusste um die Gefahren, wie Gerichtsdokumente belegen. Trotzdem liefen die Fabriken weiter. Die Profite flossen, während die Arbeiter und die Bevölkerung in der Umgebung der Werke die tödlichen Fasern einatmeten.

Wie systematisch diese Vertuschung auch unter Stephan Schmidheiny betrieben wurde, zeigen Dokumente, die die Turiner Staatsanwälte beschlagnahmen konnten. Über den PR-Berater Guido Bellodi baute Schmidheiny ab den 1990er Jahren ein regelrechtes

Überwachungs- und Desinformationsnetz auf. Opferverbände wurden infiltriert, interne Diskussionen protokolliert, Journalistinnen und Journalisten beobachtet, selbst Strategien der Justiz ausgespäht.

Das sogenannte Bellodi-Handbuch beschreibt mehrere Verteidigungslinien. Das oberste Ziel: Schmidheinys Namen um jeden Preis aus der öffentlichen Wahrnehmung heraushalten. Schon Jahre vor den Mossad-Kontakten zeigt sich hier ein Muster: Wer Schmidheiny gefährlich werden konnte, wurde beobachtet, unterwandert oder diskreditiert.

DER LANGE KAMPF DER GEWERKSCHAFTEN

In der Schweiz wurde Asbest trotz allen fundierten Erkenntnissen über seine Gefährlichkeit erst 1990 verboten. Es war die Gewerkschaft Bau und Holz (GBH), eine Vorgängerin der Unia, die 1984 gemeinsam mit dem Schweizerischen Gewerkschaftsbund (SGB) in die Offensive ging. Sie veröffentlichte eine Liste mit rund 4000 öffentlichen Gebäuden – Schulhäusern, Spitäler, Verwaltungen –, in denen Asbest verbaut worden war. Die Kampagne, angeführt von GBH-Präsident Vasco Pedrina, erhöhte den Druck auf Industrie und Behörden massiv. Doch trotz Verbot stiegen die Todesfälle weiter an, weil die vor Jahrzehnten eingetauchten Fasern ihre tödliche Wirkung erst jetzt entfalteteten.

Die Gewerkschaften kämpften weiter: für Prävention bei Sanierungsarbeiten, für die Anerkennung der Opfer. 2017 wurde der Entschädigungsfonds für Asbestopfer (EFA) endlich Realität.

PROZESSE OHNE ENDE

In Italien begann der Turiner Staatsanwalt Raffaele Guariniello ab 2002 zu ermitteln. 2012 wurde Schmidheiny in Turin zu 16 Jahren Haft verurteilt. In zweiter Instanz wurde die Strafe auf 18 Jahre erhöht. Dann kam im November 2014 der Entscheid des Kassationsgerichtes, in dessen Vorfeld die jetzt aufgeflogene Mossad-Connection für Schmidheiny tätig war: Freispruch wegen Verjährung.

Im späteren «Eternit Bis»-Prozess wurde Schmidheiny 2023 in Novara erneut verurteilt. Diesmal zu 12 Jahren wegen fahrlässiger Tötung in fast 400 Fällen. Das Berufungsgericht Turin reduzierte die Strafe im April 2025 auf 9 Jahre und 6 Monate. Für die Berufungsrichter ist der heute 78jährige schuldig am Tod von über 90 Menschen. Viele weitere Fälle wurden für verjährt erklärt oder fielen aus dem Verfahren. Schmidheinys Anwälte haben erneut Kassationsrekurs eingereicht. Im Februar wird die italienische Kassation erneut in Sachen Schmidheiny entscheiden.

Eine ausführliche Fassung dieses Artikels finden Sie auf www.workzeitung.ch

Generalstreik nach ICE-Mord

MINNEAPOLIS. Nach dem Mord an Renée Good (37) durch einen ICE-Agenten Anfang Januar ruft der Gewerkschaftsbund von Minneapolis am 23. Januar zum Generalstreik im gesamten Bundesstaat Minnesota auf. Die US-Arbeiterbewegung kämpft gegen die gewaltsame Besetzung verschiedener US-Städte und gegen den Terror der Einwanderungsbehörde unter dem Trump-Regime. Verschiedene US-Gewerkschaften fordern, dass Firmen ihre wirtschaftlichen Beziehungen zu ICE einstellen und der Behörde die Nutzung ihrer Gebäude und Verkehrsmittel verweigern. Mitarbeiter eines Hilton-Hotels in Minnesota stornierten Reservierungen von ICE-Agenten, woraufhin sich der Hotelkonzern bei der Regierung entschuldigte.

Referendum gegen Kriegsmaterialgesetz

BERN. Im Dezember beschloss das Parlament die Lockerung des Kriegsmaterialgesetzes. Kriegsmaterial soll künftig bewilligungsfrei an 25 Länder exportiert werden können, selbst wenn diese Krieg führen. Auch die Bestimmungen zur Nichtwiederausfuhr sollen in den meisten Fällen abgeschafft werden. Nur die Ukraine darf auf Druck der SVP nicht beliefert werden. Die Lockerung der Exportregeln ist das Ergebnis



ZUM ABSCHLUSS FREI: Stop dem gelockerten Kriegsmaterialgesetz. FOTO: ZVG

intensiver Lobbyarbeit der Rüstungsindustrie und des Arbeitgeberverbands Swissmem, der diese vertritt. SP und Grüne haben zusammen mit einer zivilgesellschaftlichen Allianz das Referendum ergriffen.

Protestmarsch gegen Jobabbau bei Novartis

BASEL. Am Samstag, 31. Januar, findet in Basel ein Protestmarsch gegen den geplanten Stellenabbau von Novartis in Stein AG statt. Trotz Milliardengewinnen will der Pharmakonzern am Schweizer Produktionsstandort 700 Stellen streichen. Mit einer Petition fordert die Belegschaft zusammen mit den Gewerkschaften Unia und Syna den Erhalt aller Stellen.

Migros will Smood begraben

GENF. Der Essenslieferdienst Smood kündigt die Einstellung seiner Geschäftstätigkeit an. Die Migros lässt ihre Tochterfirma angesichts der Dumpingkonkurrenz fallen. Etwa 400 Mitarbeitende mit Tieflohn droht die Entlassung. Das illegale Modell von Uber Eats, das Kurierinnen und Kuriere als Scheinselbständige ausbeutet, zerstört nach und nach die ganze Branche. Die Gewerkschaft Unia fordert von Migros und Smood, ihre Verantwortung wahrzunehmen. Falls es zu Entlassungen kommt, braucht es einen anständigen Sozialplan. Und es muss sichergestellt werden, dass die Kurierinnen und Kuriere von Smood ihre Lohnansprüche aus der Vergangenheit weiterhin geltend machen können. Derzeit laufen mehrere Verfahren, weil Smood den L-GAV des Gastgewerbes nicht eingehalten hat und den Arbeiterinnen und Arbeitern Geld schuldet.

workonline Unsere Top-Artikel auf workzeitung.ch

Löhne zum Leben in Luzern



IN GEFAHR: Das Luzerner Stadtparlament (Bild) hatte den Mindestlohn auf den Weg gebracht, auf Jahresbeginn wurde er eingeführt, nun wollen ihm die bürgerlichen Parteien schon wieder den Garaus machen. FOTO: ZVG

In der Stadt Luzern gilt seit Jahresbeginn ein Mindestlohn. Rund 3000 Lohnabhängige profitieren davon. Das Stadtparlament überwies vor zwei Jahren eine ausgearbeitete Juso-Initiative samt Reglement. Die Hungerlohn-Koalition aus bürgerlichen Parteien und Arbeitgeberverbänden scheiterte trotz viel Geld kläglich

mit dem Versuch, dagegen das Referendum einzureichen. Doch sie geben nicht auf. Auf kantonaler Ebene haben SVP, FDP, GLP und Mitte bereits eine Motion durchgesetzt, die kommunale Mindestlöhne grundsätzlich verbieten will. Im Stadtparlament folgte im Herbst der nächste Versuch: Der Mindestlohn sollte gar nicht erst in

Kraft treten. Rechtlich haltbar war das nicht – politisch blieb der Druck dennoch wirksam. Der Stadtrat hielt zwar am Starttermin 1. Januar fest, will aber keine systematischen Kontrollen und keine eigene Kontrollstelle. Der Mindestlohn ist einklagbar, muss aber von jedem Betroffenen einzeln durchgesetzt werden. So geht's weiter: Der Stadtrat muss dem Parlament einen Antrag zur Abschaffung des Mindestlohns vorlegen. Stimmt die bürgerliche Parlamentsmehrheit dann zu, werden die Gewerkschaften und die fortschrittlichen Parteien das Referendum ergreifen. Dass sie das schaffen, ist schon heute klar, denn: Die Hungerlohn-Koalition hat die Millionen, die Mindestlohn-Bewegung die Menschen.

Weiterlesen auf workzeitung.ch
rebrand.ly/milo-lu

Erpressung durch Pharmafirmen

Die Schweiz hat die höchsten Medikamentenpreise Europas. Und der Preis neuer Pharmatherapien hat sich in den letzten Jahren vervielfacht. Doch nun fordert der Branchenverband Interpharma vom Bundesamt für Gesundheit (BAG) weitere Anpassungen: Er lobbyiert für eine vereinfachte Zulassung neuer Medikamente und will die Preise für Pharmaprodukte in der Schweiz hochschrauben. Denn die Schweizer Preise dienen in Zukunft als Referenzpreis für den US-Markt. Das würde auch die Krankenkassenprämien in der Schweiz weiter in die Höhe treiben. Für den Fall, dass das BAG nicht spurt, drohen Novartis und Roche mit der Nichteinführung von neuen Medikamenten.

Weiterlesen auf workzeitung.ch
rebrand.ly/interpharma

Jung und faul – was ist da dran?

Es ist eine alte Leier: Junge Menschen seien einfach zu faul zum Arbeiten. Ob da was dran ist, untersucht die aktuelle Jugendstudie der Universität St. Gallen. Dabei haben die Autorinnen und Autoren «Boomer» bis «Gen Z» befragt. Die Umfrage ist sehr vielfältig und zeigt unter anderem, dass den Arbeitnehmenden in der Schweiz – unabhängig vom Alter – die Arbeit wichtig ist. Doch die Lust auf Arbeit nimmt von Generation zu Generation ab. Während sie bei den Boomern noch bei 64 Prozent liegt, sinkt sie bis zur Generation Z auf 51 Prozent. Der Grund: Je jünger, desto grösser der Stress und die Zukunftsangst.

Weiterlesen auf workzeitung.ch
rebrand.ly/Jugendstudie

Pflegealltag im Film von Petra Volpe: Die «Heldin» auf Oscar-Kurs

Der Film «Heldin» von Petra Volpe blickt schockierendlos hinter die Kulissen des Pflegealltags und zeigt die Realität vieler Pflegefachpersonen: akuter Personalmangel, Dauerstress und ein Gesundheitssystem am Anschlag. Nun wurde der Film über die Pflegekrise in die Shortlist für den «Best International Feature Film» aufgenommen. Die Chancen für eine Oscar-Auszeichnung sind nun also intakt.



Wie viele nichtmedizinische/nichtpflegerische Menschen haben bei euch den Film angesehen? Meiner Meinung nach sollte dieser Film ein Must für jeden sein! anna-rolf_official

Das war ein super Film und zeigt, wie es in Wahrheit ist. Der verdient auf jeden Fall den Oscar. maegi1969

Der Film soll keine Liebeserklärung an die Pflege sein, eher ein Mahnmal für die Politik. r.mcgiesgram

Vielleicht sollte es der Oscar für alle Pflegekräfte auf der Welt sein, wir haben alle die gleichen Nöte und hätten ihn verdient. tanjagrimmert

Absolut gerechtfertigt! Christine Tschannen



Rechte pfeifen auf Volkswillen

Erst im November protestierten Tausende auf dem Bundesplatz gegen die schleppende Umsetzung der angenommenen Pflegeinitiative. Jetzt wird die Umsetzung wieder durch die rechtsbürglerische Mehrheit der nationalrätslichen Gesundheitskommission gebremst. Sie hält Vorschriften für bessere Arbeitsbedingungen für «unverhältnismässige Eingriffe», die «zu hohen Kosten führen». Sie schlägt «eine schlankere gesetzliche Regelung» vor, die «Unternehmen den nötigen Handlungsspielraum bietet, um mit den Arbeit-

nehmenden flexible Lösungen zu vereinbaren». Es versteht sich von selbst, dass sowohl «Schlankheit» als auch «Flexibilität» sich samst und sonders gegen die Interessen der Pflegenden und der Gepflegten richten.

Weiterlesen auf workzeitung.ch
rebrand.ly/Pflegeinitiative-gebremst

Neuster Angriff auf den Sonntag

Kurz vor Weihnachten machte der Genfer Nationalrat Roger Golay, Vertreter des Mouvement Citoyens Genevois (MCG) und Mitglied der SVP-Fraktion,

So holen Sie work auf Ihr Handy



Täglich finden Sie neue Artikel auf unserer Website: www.workzeitung.ch

Und so installieren Sie sich work auf dem Handy wie eine App: Öffnen Sie workzeitung.ch im Browser Ihrer Wahl (Firefox, Safari usw.).

Für iPhone: Klicken Sie auf das Teilen-Symbol, scrollen Sie nach unten und wählen Sie «Zum Home-Bildschirm».

Für Android: Tippen Sie oben rechts auf das Drei-Punkte-Menu, dann auf «Zum Startbildschirm» zufügen.

Sie finden uns auch auf Facebook, Instagram und Tiktok!

Weiterlesen auf workzeitung.ch
rebrand.ly/Sonntagsarbeit

Bei Schreinern und Zimmerleuten brodelt's Stop dem Job-Exodus



Der Holzbau boomt, und auch die Schreinereien brummen. Doch die Branche hat ernsthafte Probleme.

JONAS KOMPOSCH

Eines muss man den Schreinermeistern lassen: Kommunikation können sie! Just am 24. Dezember fütterte der Verband Schweizerischer Schreinermeister und Möbelfabrikanten (VSSM) die Redaktionen des Landes mit einer süffigen Weihnachtsgeschichte: Ab 2026 gibt es für alle Schreinerlernenden ein Geschenk in Form einer zusätzlichen Ferienwoche – und das, obwohl die Jungspunde so etwas angeblich gar nicht wollen. Die unglaubliche Geschichte der wunschlos glücklichen Zöglinge und der gönnerhaften Altmeister war gesetzt. Und geisterte wie bestellt durch alle grossen Medientitel. Grund genug, die hölzerne Branche genauer unter die Lupe zu nehmen.

EIN GSCHÄNKLI MIT EIGENNUTZ

Richtig ist: Der VSSM hat letzten Sommer alle rund 1000 Schreinerlernenden zu einer Umfrage eingeladen. Etwa die Hälfte haben mitgemacht. Drei Viertel davon gaben an, mit den bestehenden fünf Wochen Ferien zufrieden zu sein. Nur ein Viertel war es nicht. Trotzdem legen die Meister jetzt eine Woche obendrauf. Wobei: Die sechste Ferienwoche ist blos eine Empfehlung, keine Pflicht. Und uneigennützig ist das Gschänkli auch nicht, wie die Begründung von VSSM-Bildungschef Rolf Kümin zeigt: «Wir sind überzeugt, dass mit dieser Empfehlung einige unliebsame Diskussionen in sogenannten Mischbetrieben, die Zimmerleute und Schreinerinnen und Schreiner ausbilden, zukünftig wegfallen werden.» Tatsächlich garantiert der GAV Holzbau lernenden Zimmerleuten längst sechs Ferienwochen. Dem GAV Schreinereigewerbe hingegen sind Lernende nicht einmal unterstellt. Für sie gilt blos das gesetzliche Minimum von fünf Wochen.

ES HARZT HEFTIG

Die Umfrage hat auch Ergebnisse zutage gefördert, die der VSSM nicht an die grosse Weihnachtsglocke hängte: Über

42 Prozent der Lernenden sind mit ihrem Lohn unzufrieden. Fast 41 Prozent empfinden die Lernzeit als ungenügend. Und immerhin 37 Prozent sind auch von der Wertschätzung enttäuscht. Die gute Nachricht: Insgesamt erleben fast 91 Prozent ihre Lehrzeit positiv. Und trotzdem harzt es heftig: Die Lehrarbeitsquote liegt im Schreinereigewerbe mit 28,5 Prozent über dem Schweizer Berufsschnitt von 23,9 Prozent. Zudem beklagt der VSSM einen kontinuierlichen Rückgang der Lernenden von 1500 im Jahr 2000 auf gegenwärtig noch rund 1000.

NICHT VÖLLIG AUF DEM HOLZWEG

Immerhin scheinen die Chefinnen und Chefs nicht komplett auf dem Holzweg. In den Lohnverhandlungen mit den Gewerkschaften haben sie für 2026 einige Zugeständnisse gemacht. So steigen ab Januar alle Schreinerlöhne. Generell, also für alle, um 20

Franken. Zusätzlich muss die Lohnsumme in jedem Betrieb um weitere 30 Franken pro Person und pro Monat erhöht und individuell verteilt werden. Ausserdem wurden die Mindestlöhne für Ausgelernte – hier gab es einen grossen Nachholbedarf – um 2,5 Prozent angehoben. Unia-Branchensekretär Kaspar Bütkofer sagt: «Das gesamte Lohnpaket entspricht rund einem Prozent und liegt damit deutlich über der offiziellen Teuerung von 0,2 Prozent. Das ist ein ermutigendes Zeichen und zeigt, dass die Anliegen der Arbeitnehmenden gehört werden.»

BRANCHENWECHSEL VOR AUGEN

Auch die Gewerkschaft hat den Berufsleuten den Puls gefühlt. Konkret hat sie rund 800 Schreinerinnen und Schreiner und nochmals so viele Zimmerleute befragt. Die Ergebnisse bilden die Grundlage für die anstehenden Neuverhandlungen der beiden GAV. Zentrale Erkenntnis: Die Probleme scheinen in beiden Berufen exakt dieselben. So haben in beiden Berufen fast die Hälfte der Beschäftigten schon einmal daran gedacht, die Branche zu wechseln (45 Prozent der Schreiner, 46 Prozent im Holzbau).

Hauptgrund für den möglichen Berufswechsel war eindeutig ein zu tiefer Lohn (beiderseits 44 Prozent). Tatsächlich sind die Verdienstmöglichkeiten relativ bescheiden: Ein Zimmermann hat nach vierjähriger, anspruchsvoller Lehre gerade mal 4747 Franken garantiert und nach zehn Jahren immer noch keine 6000 Franken auf sicher. Eine ausgelernte Schreinerin bekommt 4623 Franken, und ihr höchster Mindestlohn nach vier Jahren liegt bei weniger als 5800 Franken. Und im Unterschied zum Zimmermann gibt's für sie keinen Samstagszuschlag und weniger Ferien.

Ein Jobwechsel kommt für beide Berufe auch wegen der körperlichen Belastung in Frage (36 Prozent der Schreiner, 33 Prozent im Holzbau). Aber auch Termindruck, schlechte Planung und wenig Zeit für Privatleben sind für etwa jeden vierten Schreiner und jede vierte Zimmerin ein Grund zu gehen. Und es bleibt nicht beim Gedankenspiel.

BOOM OHNE ROUTINIERS?

Ab einer gewissen Erfahrung wechseln tatsächlich viele den Job. Das Durchschnittsalter der verbleibenden Teams bleibt daher extrem tief. Im Holzbau sind zwei Drittel unter 36-jährig. Erfahrung ist aber durchaus gefragt. Denn dem Schreinereigewerbe geht es gut. Und der Holzbau boomt sogar. Die Zahl der Betriebe ist in den letzten 20 Jahren um 1000 gewachsen, die Zahl der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter um 6000.

Heute gibt es 22 000 Holzbauerinnen und Holzbauer. Und sie und ihre Schreinerkollegen haben Ideen, Wünsche, Pläne. Das zeigte auch die Unia-Berufskonferenz vom 17. Januar in Zürich. Diese zog «Hölzige» aus der ganzen Schweiz an. Ihr wichtigster Diskussionspunkt: Wie lassen sich die Arbeitsbedingungen am sinnvollsten verbessern? Ein entsprechender Plan liegt jetzt bereit und soll bald kommuniziert werden. Sicher ist schon jetzt: Um die Branche für die Arbeitenden attraktiver zu machen, sind noch einige Verbesserungen nötig.



Laura und das Ziel

Ich habe das Jahr entspannt und sportlich begonnen: Am Neujahrs morgen früh war ich schwimmen. Ich habe meine Neujahrsvorsätze im Wasser mit jeder zurückgelegten Bahn gefeiert: mehr Ausdauer und Disziplin im neuen Jahr – das schaffe ich! Als ich mich laut schnaufend in die Garderobe zurückzog, dachte ich über meine Ausdauer nach. Und muss zugeben, dass ich meine bisherige Leistung nicht so



Laura mal laut

Laura Gonzalez Martinez ist Verkäuferin in Zürich und Gewerkschafterin.

schlecht finde. Insbesondere, was die Arbeit angeht. Jeden Morgen stehe ich pünktlich im Laden, erledige fleissig und zielsstrebig meinen Job. Über Jahre habe ich die Launen diverser Chefs ausgehalten. Mein Wissen und meine Leistungen wurden oft runtergeputzt oder kleingeredet, weil ich keinen Abschluss habe. Ich bin aber immer noch hier. Disziplin – abgehakt! Aber Ausdauer? Ich bin erst in der Halbzeit. Das Ziel, also die Rente, ist für mich noch weit entfernt. Jeder Tag gleicht für mich einer Bahn länge im Wasser. Rhythmus aufrecht halten, atmen und den Platz beanspruchen. Stress verschlägt uns oft den Atem: Das Sparen von Personalkosten und die Erhöhung des Arbeitsvolumens bringen uns manchmal brutal aus dem Takt.

VORZEITIGER ABRUCH. Ich habe bei einigen Gschpönlis erlebt, dass sie ihr Ziel nicht erreicht haben und aus gesundheitlichen Gründen frühzeitig abbrechen mussten. Das System hat sie krank gemacht. Entweder gibt der Körper auf, oder wir werden so überlastet, dass der Kopf sich ausschaltet – dann ist es vorbei. Das Schlimme daran ist, dass meine Gschpönlis Vorwürfen und Vorurteile ausgesetzt sind: Sie würden das System ausnutzen. Nicht arbeiten und dennoch kassieren. Fürchterlich. Nach Feierabend frage ich mich oft, ob ich diese Arbeit in diesem Tempo noch zwanzig Jahre lang machen kann. Momentan läuft es gut, aber was ist, wenn ich aus der Bahn geworfen werde? Ich bin nicht allein mit dieser enormen Belastung. Wir müssen bis zum Rentenalter arbeiten und möchten die Zeit danach so gesund wie möglich genießen. Dafür brauchen wir optimale Voraussetzungen: einen gesunden Rhythmus, Zeit zum Atmen. Angesichts der Anforderungen und des Profitdenkens lautet das Motto: Arbeiten bis zum Umfallen. Und daran sollen wir auch noch selber schuld sein!

Arbeiten bis zum Umfallen. Und dann sind wir noch schuld!

setzt sind: Sie würden das System ausnutzen. Nicht arbeiten und dennoch kassieren. Fürchterlich. Nach Feierabend frage ich mich oft, ob ich diese Arbeit in diesem Tempo noch zwanzig Jahre lang machen kann. Momentan läuft es gut, aber was ist, wenn ich aus der Bahn geworfen werde? Ich bin nicht allein mit dieser enormen Belastung. Wir müssen bis zum Rentenalter arbeiten und möchten die Zeit danach so gesund wie möglich genießen. Dafür brauchen wir optimale Voraussetzungen: einen gesunden Rhythmus, Zeit zum Atmen. Angesichts der Anforderungen und des Profitdenkens lautet das Motto: Arbeiten bis zum Umfallen. Und daran sollen wir auch noch selber schuld sein!

DAS TUT GUT. Zum Glück hat sich einiges bei mir geändert, so dass ich meistens nur in der Garderobe laut Luft holen muss. Ich hoffe sehr, das bleibt so. Ich nehme mir einiges vor für das neue Jahr, gleichzeitig feiere ich die bisherigen Leistungen. Das müssen wir unbedingt: Uns feiern, das tut gut.

Jagoda Sejdić stand für ihre Rechte ein – mit Erfolg!

«Ich habe recht bekommen – für alle Frauen»

Die Hotelkellnerin Jagoda Sejdić wehrte sich gegen Diskriminierung und holte fast 10 000 Franken heraus. Das zeigt: Auch in der Probezeit sind Schwangere nicht schutzlos.

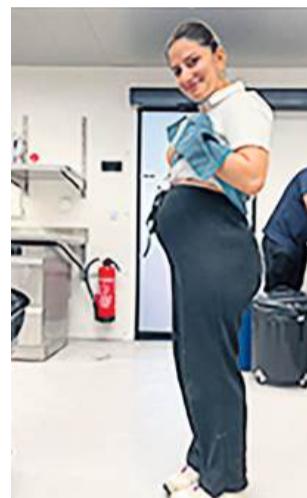
CHRISTIAN EGG

Damit hatte Jagoda Sejdić nun wirklich nicht gerechnet. Der Hoteldirektor zitierte sie ins Büro. Erst knapp drei Monate zuvor hatte sie ihre Stelle als Frühstückskellnerin im Hotel Essential by Dorint in Interlaken angetreten. Die Arbeit gefiel ihr, sie gab vollen Einsatz und war dank ihrer Ausbildung im Hotelgewerbe auch bestens qualifiziert dafür.

Im Chefbüro wartet nicht nur der Direktor, sondern auch sein Chef, verantwortlich für mehrere Schweizer Dorint-Hotels. Die beiden teilen der verdutzten Sejdić mit, dass sie entlassen werde. «Einen konkreten Grund haben sie nicht genannt», so das Unia-Mitglied.

An ihrer Leistung könne es nicht liegen. «Ich bin mir sicher, ich war eine gute Mitarbeiterin», sagt sie. Nein, der Grund ist offensichtlich ein anderer: Sejdić ist schwanger. War es bereits, als sie eingestellt wurde. Sie habe einen sehr grossen Bauch gehabt, sagt sie und lacht: «Es war nicht zu übersehen.»

Betriebe versuchen immer wieder, Schwangere los zu werden. Im Dezember berichtete work von der Verkäuferin Erma Braho, die sich erfolgreich gegen die Kündigung während der Schwangerschaft gewehrt hatte (rebrand.ly/erma). Kellnerin Sejdić sagt: «Viele Firmen reagieren mit Vorurteilen oder Stereotypen, sie sehen eine Schwangerschaft als Risiko.»



SICHTBAR: Schwangerschafts-Selfie von Jagoda Sejdić zur Anstellungszeit. FOTO: ZVG

EINE FRAU WEHRT SICH...

Dagegen wollte die gebürtige Italienerin etwas tun. Die Frauenrechte seien derzeit unter Druck, sagt sie – «in der Schweiz, in Italien, auf der ganzen Welt». Sie beschliesst, diese Kündigung nicht kampflos zu schlucken. Und nimmt mit der Unia Berner Oberland Kontakt auf.

Dort betreut die Juristin Gohar Tabaker den Fall. Sie erklärt: Das Hotel Dorint kündigte Sejdić gerade noch vor Ablauf der Probezeit. In dieser sei zwar, arbeitsrechtlich, eine Kündigung grundsätzlich zulässig.

Am Kündigungs-gespräch nahm auch der Chef des Chefs teil.

Aber nicht, wenn die Schwangerschaft das Motiv sei. «Denn das Gleichstellungsgesetz verbietet jede Benachteiligung aufgrund einer Schwangerschaft – auch in der Probezeit.» Dabei genüge es schon, wenn die Tatsachen eine solche Diskriminierung vermuten liessen.

...UND HAT ERFOLG

Also ruft Jagoda Sejdić, unterstützt von der Unia, die Schlichtungsbehörde an. Und hat Erfolg! Das Hotel willigt ein, ihr eine Entschädigung von zwei Monatslöhnen plus Zinsen zu zahlen: exakt 9750 Franken. Mehr noch als das Geld freut die 28jährige Mutter etwas anderes: «Zum ersten Mal in meinem Leben bin ich für die Rechte der Frauen eingestanden – und habe gewonnen!» Deshalb ist sie auch gerne bereit, ihre Geschichte öffentlich zu machen. Sie sagt: «Alle Frauen sollen wissen: Gegen Diskriminierung können wir uns wehren!»

Dorint Schweiz bestreitet auf Anfrage die Vorwürfe und erklärt, man habe dem Vergleich nur deshalb zugestimmt, um «eine langwierige Auseinandersetzung zu vermeiden». Vor der Kündigung sei Sejdić in Gesprächen «wiederholt» auf «Defizite» hingewiesen worden, etwa beim Arbeitstempo oder der Aufmerksamkeit gegenüber den Gästen. Die Schwangerschaft sei der Firma gar nicht bekannt gewesen, es habe auch keine «erkennbaren Anhaltspunkte» dafür gegeben. Ernsthaft? Sejdić zeigt mehrere Fotos, die rund einen Monat vor der Kündigung entstanden sind. Sie zeigen den Bauch eindeutig. Und was die von der Dorint angeführten «Gespräche» angeht, widerspricht sie klipp und klar: «Meine Arbeit wurde nie beanstandet, weder schriftlich noch mündlich.»



DOPPELTE GENUGTUUNG: Mehr noch als über das erkämpfte Geld freut sich Jagoda Sejdić darüber, sich erfolgreich gegen Diskriminierung gewehrt zu haben. FOTO: MATTHIAS LUGGEN

rosazukunft Technik, Umwelt, Politik

Peter Bodenmann



Katastrophen: Justiz ist immer auch Klassenjustiz

Niemand hat die Opfer des Morandi-Brückeneinsturzes in Genua korrekt entschädigt. Und niemand wurde nach der Flutkatastrophe im deutschen Ahrtal strafrechtlich verurteilt. Dies, obwohl die Behörden dort geschlampzt hatten. Wie jetzt auch in Crans-Montana. Doch diesmal wird alles anders sein.

Beim Einsturz der Morandi-Brücke 2018 kamen 42 Menschen ums Leben. Menschen, die unter der Brücke lebten, leben mussten. Genua boomt schon wieder. Und niemand hat die Opfer korrekt entschädigt.

2021 wurde das deutsche Ahrtal überschwemmt. Entlang der Ahr wohnten nicht die Schönen und Reichen. 155 Menschen mit vorab kleinen Einkommen verloren ihr Leben, 765 wurden verletzt. Obwohl die Behörden alles verschlampft hatten, wurde niemand strafrechtlich verurteilt. Alle entsprechenden Verfahren wurden 2024 eingestellt.

Auch jetzt in Crans-Montana haben die Behörden geschlampft: In der NZZ (14.1.2026) stellte Strafrechtsprofessor und Anwalt Alain Macaluso in einem aufschlussreichen, ganzseitigen Interview fest: «Die Walliser Staatsanwaltschaft hat unglaubliche Fehler gemacht.» Stimmt so.

Und diese Fehler bleiben absehbar nicht folgenlos. Denn die Mehrheit der Toten und lebenslang Ent-

stellten sind Kinder reicher Eltern. Und die haben die besten Anwältinnen und Anwälte westlich der Oder-Neisse-Grenze engagiert, um vorab der unfähigen Walliser Generalstaatsanwältin die Hölle heiß zu machen.

Die Familien der Toten und Verletzten des Ahrtals und von Genua wären auch gerne durch die besten Anwälte vertreten worden. Aber das lag außerhalb ihrer finanziellen Möglichkeiten. So funktioniert Klassenjustiz in Klassengesellschaften.

NICHT OHNE EUROPA. Mehr als die Hälfte der in Crans-Montana schwer Verbrannten musste die Schweiz in ausländische Spezialkliniken verlegen. Weil wir nicht nur zu wenig Kapazitäten in den Spitälern haben, sondern auch in der Luft, halfen rumänische (!) Rettungsflugzeuge aus. Es geht eben auch hier nicht ohne europäische Zusammenarbeit. Zwischenfrage: Welcher Bundesrat, welcher Walliser Staatsrat hat ein Spital im nahen Mailand aufgesucht, um die Verletzten zu besuchen und den Ärztinnen und Ärzten sowie dem Pflegepersonal zu danken?

EIN ALTER KAMPF. Ich bin nachweislich nicht mehr der Jüngste. Vor 45 Jahren verlangte ich im Walliser Parlament des Kantons die Einführung einer obligatorischen Gebäudeversicherung im Wallis. Nur 12 Grossräte stimmten mit mir. Wir waren damals nicht mehr Mitglieder in der SP-Faktion.



MAHNMAL: Trauerbezeugungen aus aller Welt in Crans-Montana. Die politische Verarbeitung hat begonnen, und die Prozesslawine rollt erst an. FOTO: KEYSTONE

Die Walliser Linke forderte in den letzten Jahrzehnten immer wieder die Schaffung einer solchen Versicherung. Im Kantonsparlament bekämpfte Jean-Michel Cina (CVP) einen Vorstoß des damaligen Gewerkschaftssekretärs Beat Jost mit Lügen, die ihm die Generalagenten der privaten Versicherungen lieferten hatten.

Nur sieben Kantone in der Schweiz haben nämlich keine staatliche Gebäudeversicherung. Dies im Interesse des Aktionariats der Privatversicherer und ihrer Generalagenten. Dabei sind die Vorteile von kantonalen staatlichen Monopolen nicht zu übersehen: Im Kanton Zürich zahlen Eigentümer pro versicherte Million 330 Franken für die Versicherung. Im

Wallis und in den anderen «Gustavo»-Kantonen (Genf, Uri, Schwyz, Tessin, Appenzell Innerrhoden, Wallis/Valais, Obwalden) durchschnittlich 850 Franken.

Beim Bergsturz in Blatten im Lötschenental musste letzten Mai die Glückskette einspringen, weil viele Hauseigentümer schlecht oder gar nicht versichert waren. Im bündnerischen Brienz dagegen brauchte es nach dem Bergsturz von 2023 die Glückskette nicht, weil alle Hauseigentümerinnen und -eigentümer in diesem – mit dem Wallis vergleichbaren – Kanton obligatorisch versichert sind.

Private Gebäudeversicherungen geben keinen Franken für Prävention

und Kontrollen aus. Dies, obwohl sie teurer sind. Und dies im Gegensatz zur in diesen Dingen vorbildlichen Berner Gebäudeversicherung.

IM TAL DES SCHWEIGENS. SP-Bundsrat Beat Jans und SP-Bundesträfin Elisabeth Baume-Schneider besuchten das Wallis, ohne auch nur in einem Nebensatz darauf hinzuweisen, dass es an der Zeit wäre, die Schaffung einer kantonalen Gebäudeversicherung mit effektiv funktionierenden Kontrollen zu kombinieren. Auf der gleichen Flughöhe bewegt sich derzeit der Präsident der Walliser Kantonsregierung und SP-Mann Mathias Reynard. Er redet salbungsvoll, aber nimmt das Wort Gebäudeversicherung nicht in den Mund. Und spricht die Tatsache, dass die meisten Gemeinden die Kontrollen nicht korrekt durchgeführt haben, nicht einmal an. Tal des Schweigens!

Auch die Spitzen von SP und Grünen haben das Problem noch nicht begriffen. Sonst hätten sie die Kantonalparteien der Gustavo-Kantone längst einberufen, um eine Kampagne gegen die Privatversicherer zu starten.

Im Wallis werden wir eine Volksinitiative für eine kantonale Gebäudeversicherung starten, wenn es denn sein muss. Wir? Ja, genau: ein paar alte Genossinnen und Genossen, die einst im linken «Kritischen Oberwallis» waren. Denn wir wissen: Bei Klima und Katastrophen braucht es effiziente Service public, mehr effiziente Staat.

Das bringt der neue LMV Neuer Bauvertrag unter der Lupe



DRUCK GEMACHT: Mit Streiks und Demos kämpften die Bauleute für bessere Arbeitsbedingungen. Hier im November in Lausanne. FOTO: LUCAS DUBUIS

Mehrfach standen die Verhandlungen auf Messers Schneide, nun liegt der neue Landesmantelvertrag vor. work sagt, was er den Baubüzern bringt.

JONAS KOMPOSCH

Am kommenden Samstag schaut die Baubranche gebannt auf Bern. In der dortigen Unia-Zentrale findet nämlich die Branchenkonferenz der gewerkschaftlich organisierten Bauleute statt. Hunderte von ihnen

kommen aus der ganzen Schweiz zusammen und entscheiden, ob sie den neu ausgehandelten Landesmantelvertrag (LMV) annehmen

wollen. Ein delikates Unterfangen! Kommt es zu einem Nein, braucht es Neuverhandlungen und wohl auch Streiks.

Zur Erinnerung: Ende Jahr konnte der vertragslose Zustand nur knapp und quasi in letzter Sekunde abgewendet werden, dies nach einer nie dagewesenen Verzögerungshaltung des Schweizerischen Baumeisterverbands (SBV). Beispiellos war auch die Tragweite der Angriffe, die die Meister diesmal lanciert hatten. Angeführt von den ideologischen Hardlinern um Direktor Bernhard Salzmann, hätten sie den LMV am liebsten auf ein dünnes Papierchen heruntergestutzt und etliche Kompromisslösungen der letzten Jahre zer-

stört. Dies, obwohl die Branche boomt und immer neue Rekorde verzeichnet. Dass sich gleichzeitig die Personalnot drastisch zusetzt, stritt der Baumeisterverband nie ab. Doch seine Schlussfolgerungen daraus waren brutal.

MEISTER WOLLTEN SPAREN...

Statt die Arbeitsbedingungen wieder attraktiver zu machen, um so mehr Junge anzuziehen, setzte die SBV-Spitze völlig unverhohlen auf noch mehr Auspressung der bestehenden Equipen. Konkret forderte sie: Verdoppelung der heute erlaubten Überstunden, Arbeit auf Abruf, Kürzung etlicher Zulagen und sogar die Streichung des Samstagszuschlags. Heisst, die Normalisierung der Sechstagewoche. Auch kollektive Lohnverhandlungen sollte es nie mehr geben. Und um ältere Mitarbeitende vor der Pension einfacher los zu werden, wollten die SBV-Funktionäre dem Kündigungsschutz ans Leder. Lehrabgänger wiederum wollten sie künftig zum Dumpingpreis anstellen – durch fünfjährige Unterschreitung von bis zu einem Viertel des Mindestlohns. Andere Berufskategorien sollten komplett aus dem Schutz des LMV fliegen. So die Steinhauer und Steinbrucharbeiter oder das Kanti- und Reinigungspersonal. Und sogar der beruflichen Weiterbildung wollte der SBV nichts von der Kündigungsschutzregelung deutlich.

«Damit sind bedeutsame Verbesserungen im Bereich unserer Hauptforderungen durchgesetzt», so Lutz. Dass es für die Buezerinnen und Buezer endlich vorwärtsgeht, zeigt auch eine jüngst veröffentlichte Kostenprognose des SBV. Demnach rechnen die Baumeister wegen des neuen LMV mit einer Steigerung der Gesamtlohnkosten von 5,2 bis 9,5 Prozent bis 2031.

... UND LEGEN JETZT DRAUF

Aber: Nichts von all dem haben die SBV-Verhandler durchgebracht! Das allein ist

schoch bemerkenswert. Zumal die SBV-Delegierten dem Verhandlungsresultat trotzdem ihren Segen erteilt haben – und zwar «mit grossem Mehr», wie ein Sprecher meinte. Dass deswegen jetzt die Baubüzer im Umkehrschluss ein Nein einwerfen, ist aber nicht zu erwarten. Denn erstens hat die Baupräsidentenkonferenz der Unia das Resultat nach ausführlicher Diskussion eindeutig zur Annahme empfohlen. Baupräsidenten sind gewerkschaftlich besonders aktive Arbeiter, die von den regionalen Bauarbeiterkomitees gewählt werden. Zweitens hat vor zwei Tagen auch die Baubasis der Gewerkschaft Syna das Resultat

angenommen. Und drittens beurteilt die Unia-Verhandlungsdelegation das Ergebnis als «insgesamt klar positiv». Verhandlungsführer Nico Lutz sagt sogar: «Es gelang uns, eine Reallohnentwicklung zu sichern, die klar über den Ergebnissen der letzten zehn Jahre liegt.» Ausserdem sinkt die Belastung für die Bauarbeiter dank der neuen Arbeits- und Reisezeitregelung deutlich.

«Damit sind bedeutsame Verbesserungen im Bereich unserer Hauptforderungen durchgesetzt», so Lutz. Dass es für die Buezerinnen und Buezer endlich vorwärtsgeht, zeigt auch eine jüngst veröffentlichte Kostenprognose des SBV. Demnach rechnen die Baumeister wegen des neuen LMV mit einer Steigerung der Gesamtlohnkosten von 5,2 bis 9,5 Prozent bis 2031.

Landesmantelvertrag Die wichtigsten Neuerungen

LAUZEIT: Die Vertragslaufzeit beträgt neu sechs Jahre (bis 31.12.2031) statt wie bisher meist drei.

BAUSTELLENZULAGE: Einführung einer neuen Baustellenzulage für alle von täglich 9 Franken (gestaffelte Lancierung: 4 Franken ab 2026, 6,50 Franken ab 2027 und 9 Franken ab 2028). Somit beträgt die Entschädigung 2026 rund 84 Franken pro Arbeitsmonat und steigt auf rund 189 Franken ab 2028. Diese neue Zulage versteht sich als Beitrag an die Reisezeitvergütung und als Znuni-Pauschale. Wie bei Spesen üblich, müssen auf diese keine Sozialabgaben entrichtet werden, sie sind also nicht rentenbildend.

TEUERUNGSAUSGLEICH AUF MINDESTLÖHNEN: Einführung des automatischen Teuerungsausgleichs auf allen Mindestlöhnen über die gesamte Vertragsperiode hinweg.

TEUERUNGSANPASSUNG AUF EFFEKTIVLÖHNEN: Auch die Effektivlöhne steigen neu automatisch entlang der Teuerung, aber – anders als die Mindestlöhne – nicht 1:1. In den Jahren 2027 und 2028 müssen die Firmen zum Beispiel einen Fixbetrag entsprechend einem 80-Prozent-Teuerungsausgleich auf dem Mindestlohn der Lohnklasse C (Hilfsarbeiter) der Lohnzone Blau (mittlere Zone) zahlen. Das entspricht einem Lohnplus von 19,2 Franken pro Monat für Jahr 2027 (bei der aktuellen Teuerungsprognose für 2027 von 0,5 Prozent). Zum Vergleich: Ein automatischer Teuerungsausgleich brächte einem gelernten Maurer mit einem durchschnittlichen Lohn von 6400 Franken ein Plus von 32 Franken.

VERHANDLUNGEN: Die bisher jährlichen Lohnverhandlungen mit den Gewerkschaften fallen in dieser Vertragsperiode weg. Nur bei einer Teuerung ab 2 Prozent finden wieder kollektive Lohnverhandlungen statt.

REISEZEIT: Die Reisezeit wird endlich ab der ersten Minute gerechnet, die ersten 20 Minuten (ab 2030) sind pauschal mit der neuen Baustellenzulage abgegolten (bis Ende 2028 die ersten 30 Minuten, bis Ende 2029 die ersten 25 Minuten). Ab der 21. bis zur 60. Minute wird die Reisezeit zum persönlichen Grundlohn ausbezahlt. Und ab der 61. Minute zählt sie zur Arbeitszeit bzw. als Überstunde. Damit ist es den Firmen

Grundlohn ausbezahlt. Und ab der 61. Minute zählt sie zur Arbeitszeit bzw. als Überstunde. Damit ist es den Firmen nicht mehr möglich, die Arbeiter unbegrenzt zusätzlich zur Arbeitszeit reisen zu lassen.

ÜBERZEIT: Wer in einer Woche mehr als 50 Stunden arbeitet und reist, bekommt diese Überzeit im Folgemonat mit einem Zuschlag von 25 Prozent ausbezahlt. Die effektive Reisezeit wird dabei ab der ersten Minute eingerechnet, also auch die 20 Minuten, die pauschal mit der Baustellenzulage abgegolten werden. Bisher gab es Zuschläge bereits ab 48 Stunden, allerdings wurde die Reisezeit überhaupt nicht berücksichtigt. Bauarbeiter mit Reisezeiten bekommen damit deutlich mehr Zuschläge als früher.

LANGZEITERIENKONTO: Seriöse Firmen (mit ISAB-Nachweis) können ihren Mitarbeitenden neu ein Langzeitferienkonto anbieten. Darauf können diese jährlich 200 und maximal 700 Überstunden ansammeln und diese bei Bedarf in längere bezahlte Auszeiten umwandeln.

ENTSCHEID ÜBER ÜBERSTUNDEN: Neu können Bauarbeiter per Jahresende über die Verwendung der Hälfte ihrer Überstunden entscheiden (Auszahlung mit Zuschlag, ins neue Jahr mitnehmen oder Übertrag auf Langzeitferienkonto). Bisher entschied die Firma allein über alle Überstunden.

ZUSCHLÄGE: Höhere Zuschläge und Zulagen im Untertagbau (entspricht einer Lohnsteigerung von fast 10 Prozent). Unter anderem gibt es neu Zuschläge schon ab dem ersten Meter (statt ab 20) in Vertikalschächten, 4 statt 2 Franken Nachtzuschlag, höhere Essens- und Reisespesen)

FLEXIBILITÄT: Die erlaubte Über-/Minderstunden-Bandbreite wird erweitert von -20 bis +120 Stunden (bisher entweder -20 bis +80 oder 0 bis 100). Da aber die Reisezeit neu ab der 1. Minute zählt und alles, was eine Stunde Reisezeit pro Tag übersteigt, zu den Überstunden zählt, wird die Flexibilität insgesamt deutlich reduziert.

KRANKENTAGGELD: Wenn ein Bauarbeiter längere Zeit krank ist, erhält er nicht mehr 90, sondern 80 Prozent des Lohnes als Krankentaggeld. Die reale Reduktion gegenüber dem Nettolohn ist jedoch geringer, denn auf Taggeld sind keine Sozialversicherungsbeiträge geschuldet. In den meisten Fällen, nämlich bei kurzen Krankheiten, bei denen eine Aufschubfrist der Versicherung gilt, muss der Arbeitgeber weiterhin 90 Prozent des Lohnes zahlen.

INDIVIDUELLE FREITAGE: Bei Heirat gibt es neu zwei freie Tage statt einen und neu drei freie Tage auch beim Tod der Grosseltern.

Migration

Brain-Drain im Westbalkan

2026 werden die europapolitischen Weichen in der Schweiz gestellt. Denn die Abstimmung über die SVP-Chaos-Initiative («10-Millionen-Schweiz») ist faktisch ein vorgezogenes Europableibzit. Kommt sie durch, steht die Erneuerung der bilateralen Verträge – inklusive Lohnschutz – auf dem Spiel. Die Schweiz wäre isolierter denn je.



Regula Rytz, Delegierte bei den European Greens, ehemalige Nationalrätin und Präsidentin der Grünen, Mitglied der Arbeitsgruppe Europa des gewerkschaftsnahen Denknetzes.

Genau in dem Moment, in dem Europa von skrupellosen Autokraten umgeben ist und ein internationaler Konfliktlern nach dem anderen eskaliert.

Ob es der SVP gefällt oder nicht: Die EU ist heute der einzige Player, der Trump, Putin und Co. die Stirn bieten könnte, auch dank der enormen Wirtschaftskraft. Die EU ist die zweitgrösste Volkswirtschaft der Welt und repräsentiert rund 15 Prozent der globalen Wirtschaftsleistung. Beste Voraussetzungen also, um dem Abbau von internationalen Grundrechten beherzt entgegenzutreten und die europäischen Nachkriegswerte zu verteidigen. Allen voran die Demokratie.

WEIT ENTFERNT. Doch dafür braucht es eine gemeinsame Strategie. Und davon sind die europäischen Länder weit entfernt. Viele Regierungen sind instabil, und autoritäre Tendenzen nehmen zu. Auch in Serbien.

Besonders dramatisch: die Abwanderung. Das Land gehört neben Kosovo, Bosnien-Herzegowina, Nordmazedonien, Montenegro und Albanien zu den sechs Ländern des «Westbalkans», die seit über 20 Jahren auf den EU-Beitritt warten. Das Buch «Der Westbalkan»* zeigt die Gründe und die Folgen davon auf.

Die Westbalkanländer kämpfen mit einer dramatischen Abwanderung. Eine Umfrage aus dem Jahr 2018 zeigte, dass ein Drittel der Jugendlichen einen Job im Ausland sucht. Die Ursachen: tiefe Löhne, ein schwacher Sozialstaat und fehlende Perspektiven. Auch wenn die Migrantinnen und Migranten Geld nach Hause schicken, schwächt der «Brain-Drain» ihre Herkunftsänder. Es fehlen Fachkräfte, es fehlt Gesundheitspersonal, es fehlt die Veränderungskraft der Jugend.

500 000 MENSCHEN. Anstatt die demokratische und wirtschaftliche Entwicklung des Westbalkans mit einem Beitritt zu stärken, macht die EU heute das Gegenteil. Sie wirbt «günstige» Arbeits- und Fachkräfte ab, dort, wo sie eigene Lücken hat. Am krassesten ist Deutschland. Mit der «Westbalkanregel» erhalten 50 000 Menschen jährlich erleichterten Zugang zum deutschen Arbeitsmarkt. In der Summe waren 2024 rund 500 000 Menschen aus den sechs Westbalkanstaaten auf deutschen Baustellen, in deutschen Restaurants, in deutschen Spitäler angestellt. Es erstaunt nicht, dass Albanien, als Land mit der niedrigsten Ärztedichte in Europa, nun Massnahmen gegen die Abwanderung von Medinstudentinnen und -studenten prüft.

Auch die europäischen Gewerkschaften reagieren. Sie fordern stärkere Sozialstandards und Lohnschutz in den Ziel- und Herkunftsändern der Arbeitsmigration. Das ist die einzige richtige Antwort, auch auf die SVP-Abschotter in der Schweiz.

* Krsto Lazarević, Franziska Tschinderle und Danijel Majić: «Der Westbalkan – Im Wartezimmer der EU.» Bonn 2025.

Regula Rytz schreibt hier im Turnus mit Roland Erne, was die europäische Politik bewegt.

Minderjährige fertigen Plüschermonster unter monströsen Bedingungen Für Kinder, von Kindern gemacht – mit Verträgen zum Gruseln

Die knalligen Plüschermonster namens Labubu sorgen für riesige Begeisterung. Jetzt zeigt eine neue Untersuchung: Für die Produktion der Plüschtiere werden in China Minderjährige ausgebeutet.

DARIJA KNEŽEVIĆ

Sie sind flauschig, bunt und bei Gross und Klein beliebt: Labubus. Aktuell kosten die frech grinsenden Plüschermonster zwischen 25 und 50 Franken. Auch Erwachsene erfreuen sich daran, darunter Sängerinnen wie Cher oder Lady Gaga. Die knalligen Labubus tragen Promis gern als Fashion-Accessoire und hängen sie an teure Designertaschen. Ein absurdes Phänomen. Doch was ist der Preis dafür?

Jetzt enthüllt die Nichtregierungsorganisation China Labor Watch (CLW): Labubu-Lieferanten beuten in ihren Fabriken die Arbeiterinnen und Arbeiter aus. Besonders skandalös: Viele der betroffenen Bützerinnen und Bützer sind zwischen 16 und 18 Jahre alt. Gemäss chinesischem Arbeitsgesetz ist es erlaubt, in diesem Alter berufstätig zu sein, doch müssen besondere Schutzmassnahmen eingehalten werden. In der Labubu-Fabrik war dies Fehlanzeige. Die Details sind erschreckend. Laut der Untersuchung wurden minderjährige Arbeiterinnen und Arbeiter im Betrieb von Shunja Toys gezwungen, Blanko-Arbeitsverträge zu unterzeichnen. Sie hatten nur fünf Minuten Zeit, die persönlichen Angaben im Vertrag zu ergänzen und zu unterschreiben. Informationen zu Vertragsdauer, Arbeits-

Die Arbeiterinnen und Arbeiter leisteten mehr als 100 Überstunden pro Monat.

inhalt, Lohn und Sozialversicherung sind im Vertrag nicht enthalten. In ihrem Bericht schreibt die CLW: «Die minderjährigen Arbeiter verstanden nicht die Art der Verträge, die sie unterzeichneten, und hatten keine klare Vorstellung von ihren Rechten, als sie danach gefragt wurden.»

Die 16- bis 18jährigen wurden in der Fabrik zur Fliessbandarbeit verdornt. Ihre Arbeitsbelastung sowie ihre Produktionsziele unterschieden sich nicht von jenen der erwachsenen Arbei-



LABUBU? BUH! Eine Plüscherfigur kostet in der Herstellung 60 Rappen. Die Arbeitenden stehen für einen Hungerlohn am Fliessband. FOTO: ZVG

terinnen und Arbeiter. Weil der Ansturm auf die Plüschermonster so gross war, schrieb Shunja Toys vor, dass ein Team von 25 bis 30 Arbeiterinnen und Arbeitern täglich 4000 Labubus zusammennähen musste. Das Resultat: Überstunden

à gogo. Laut chinesischem Arbeitsgesetz sind monatlich 36 Überstunden erlaubt. Im untersuchten Betrieb stellte die NGO fest, dass die Arbeiterinnen und Arbeiter mehr als 100 Überstunden pro Monat leisteten. Doch damit nicht genug.

23 FRANKEN TAGESLOHN

Die NGO prangt auch unhygienische Lebensbedingungen an, unzureichenden Brandschutz oder sexuelle Belästigung durch das Management. Und tiefe Produktionskosten auf dem Buckel der Arbeiterinnen und Arbeiter. Der Tageslohn in der Labubu-Fabrik beträgt rund 23 Franken. Wohlgemerkt: pro Labubu liegen die Kosten für die Herstellung (Produktion und Verpackung) bei 60 Rappen. CLW schreibt dazu: «Niedrige Arbeitskosten sind nur ein Symptom für Arbeitspraktiken, die darauf abzielen, die Arbeitnehmer systematisch zu kontrollieren und die Produktionskosten zu senken.»

POP MART DRÜCKT SICH

Und was sagen die Verantwortlichen? Der Spielzeughersteller Pop Mart äussert sich dazu noch verhalten. Shunja Toys ist einer von vielen Zulieferern. Das Labubu-Geschäft ist für Pop Mart eine Goldgrube. Allein in der ersten Jahreshälfte von 2025 generierte der Spielzeughersteller einen Umsatz von 48 Milliarden chinesischen Yuan, was umgerechnet rund 630 Millionen Schweizer Franken entspricht. Monatlich wurde Pop Mart mit 30 Millionen Plüschermonstern beliefert.

Geheimniskram: Der Hype um das Monster

Es ist die Diddl-Maus oder die Pokémon-Karte der heutigen Generation. Alle sind verrückt nach Labubus! Die kleinen Plüschermonstern haben im vergangenen Jahr gerade via Tiktok einen Hype ausgelöst, der bemerkenswert ist.

MANOR ÜBERRANNT. Weltweit sind Gross und Klein angefressen vom Plüschermonster. Der Clou daran: Die Plüschermonstern werden in einer Box gekauft, ohne dass die Kaufenden wissen, welches Labubu aus der Kollektion genau erworben wird. Diese «Geheimnislüfterei» wurde besonders in den Social Media inszeniert. Auch in der Schweiz war der Ansturm riesig: Der Detailhändler Manor nahm das Plüschermonster im Juni ins Sortiment auf und wurde überrannt.

workxl der wirtschaft

David Gallusser



DIE GAV-ABDECKUNG STEIGT – ABER NUR LANGSAM

Ohne Gesamtarbeitsverträge (GAV) wären die Arbeitsbedingungen schlechter. Um nur die wichtigsten Vorteile zu nennen: GAV sorgen für faire Löhne. Sie legen Arbeitszeiten und Ferien fest, die deutlich über dem gesetzlichen Minimum liegen. Und sie ermöglichen Kontrollen, um gegen Dumping vorzugehen. GAV erlauben es in vielen Bauberufen, frühzeitig in Rente zu gehen. Kurz: GAV halten gewerkschaftlich erkämpften Fortschritt fest. Es ist deshalb erfreulich, dass die Zahl der Arbeitnehmenden steigt, die einem GAV unterstellt sind. Zuletzt waren es rund 2,1 Millionen. Das ist mehr als die Hälfte aller Beschäftigten, für die ein GAV abgeschlossen werden kann (siehe Grafik).

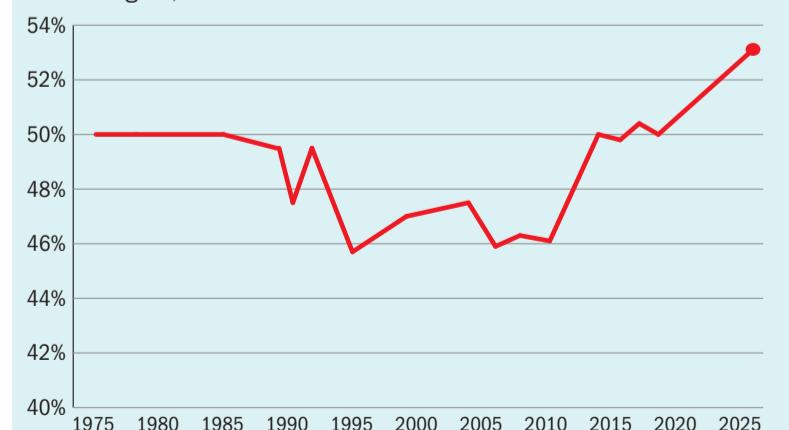
KEINE SELBSTVERSTÄNDLICHKEIT. Es ist jedoch keine Selbstverständlichkeit, dass die GAV-Abdeckung zunimmt. In den 1990er Jahren sank sie, da die Arbeitgeber die Sozialpartnerschaft angriffen. Erst nachdem die Gewerkschaften kämpften

rischer wurden und verstärkt die Dienstleistungsbranchen (u.a. Detailhandel, Reinigung und Gastgewerbe) organisierten, ging es in den 2000ern wieder aufwärts. Entscheidend war auch die Personenfreizügigkeit. Sie führte zu einem Umdenken im Gewerbe. GAV erlaubten nämlich Arbeitgebern, sich vor Dumping-Konkurrenz zu schützen. Auf Druck der Gewerkschaften kamen die flankierenden Massnahmen hinzu. Sie machten die GAV attraktiver. Denn dank ihnen können Lohn- und Arbeitsbestimmungen besser kontrolliert und durchgesetzt werden.

GROSSE LÜCKEN. Die GAV-Abdeckung ist zuletzt gestiegen, weil die Beschäftigung in GAV-Branchen stärker wuchs. Grössere Fortschritte sind aber ausgeblieben. So ist bereits seit längerem kein neuer GAV in einer grossen Branche hinzugekommen. Der letzte ist der GAV Personalverleih – er ist bereits seit 15 Jahren in Kraft. Nach wie vor

GAV-Abdeckung in der Schweiz

Anteil der Beschäftigten, die einem GAV unterstellt sind, an allen Beschäftigten, die einem GAV unterstellt werden können



QUELLEN: OECD/AIAS/CTWSS, SGB MIT ZAHLEN BFS

klaffen grosse Lücken: In der privaten Pflege, bei Kindertagesstätten, in der IT oder auch im Detailhandel (mit Ausnahme der Supermärkte) gibt es kaum GAV. Auch der Grosshandel, die Versicherungen oder die Unternehmensdienstleister (u.a.

Architektur, Werbung) bleiben GAV-Wüsten. Das muss sich ändern. Denn nur über GAV können Gewerkschaften auch in diesen Branchen die Arbeitsbedingungen verbessern. David Gallusser ist Ökonom beim Schweizerischen Gewerkschaftsbund (SGB).



RÜCKENWIND FÜR SOLARMODULE : Mit dem Klimafonds, über den die Schweiz am 8. März abstimmt, kommen aus der Bundeskasse jährlich bis zu 7 Milliarden Franken für den ökologischen Umbau zusammen. FOTO: KEYSTONE

Klimafonds: Endlich investieren, bevor es noch teurer wird

Die Klimaerhitzung bremsen – mit guten Jobs

Mit einem Fonds die Klimaerhitzung bremsen, gute Jobs schaffen, und das alles ausdrücklich nicht auf dem Buckel der Gering- und Normalverdienenden. Das verspricht die Klimafondsinitiative. Wie funktioniert das? work beantwortet die wichtigsten Fragen.

CLEMENS STUDER

Die Schweiz erwärmt sich doppelt so schnell wie der globale Durchschnitt. Gletscher schmelzen, Hitzetage nehmen zu, Extremereignisse häufen sich. Bereits heute verursacht die Klimaerhitzung Schäden von fast einer Milliarde Franken pro Jahr. Bis 2060 könnten es gemäss Bundesrat bis zu 34 Milliarden Franken jährlich werden. Das entspricht rund 4 Prozent des Bruttoinlandprodukts (BIP), also des Wertes aller Produkte und Dienstleistungen, die in der Schweiz während eines Jahres produziert und erbracht werden.

WAS WILL DIE INITIATIVE?

Der Bund soll jährlich 0,5 bis 1 Prozent des Bruttoinlandprodukts in den ökologischen Umbau investieren. Das sind aktuell 3,5 bis 7 Milliarden Franken pro Jahr. Mit diesem Geld werden Gebäudesanierungen, erneuerbare Energien, klimafreundliche Mobilität, Industriebau sowie Ausbildungen, Weiterbildungen und Umschulungen finanziert, wobei auch Beiträge an den Einkommensausfall während der Ausbildung inbegriffen sind.

Die Finanzierung erfolgt aus der allgemeinen Bundeskasse, nicht über neue Kopf- oder Lenkungsabgaben. Das ist sozial gerecht. Ziele sind ein Tempo, eine Planungssicherheit und eine finanzielle Dimension, die der Krise entsprechen.

WER SOLL DAS BEZAHLEN?

Die Finanzierung der Energiewende ist eine riesige Aufgabe. Klar ist aber auch, dass nichts teurer ist, als nichts zu tun. Zentral ist, dass die Kos-

ten sozialverträglich getragen werden. Darum setzt die Initiative auf eine Finanzierung durch einen Investitionsfonds. Damit sollen bundeseigene Vorhaben, aber auch Beiträge an Kantone, Gemeinden und Dritte finanziert werden. Nebst direkten Beiträgen sind auch günstige Kredite, Garantien oder Bürgschaften möglich, wobei Rückzahlungen und allfällige Zinsen wieder in den Fonds fliessen.

Weil die Mittel des Fonds aus der allgemeinen Bundeskasse kommen, werden Haushalte mit tieferen Einkommen entlastet.

HAT ES SCHON EINMAL GEgeben?

Sogar mehr als einmal. Die Schweiz hat grosse Transformationen immer mit öffentlichen Investitionen gestemmt. In den 1950er und 1960er Jahren flossen bis zu 2 Prozent des Bruttoinlandprodukts in Wasserkraft und Stromnetze. Später folgten Bahn 2000 und die Neat mit Investitionen von rund 1 bis 1,5 Prozent des BIP.

Diese Projekte gelten heute als Rückgrat von Wohlstand, Versorgungssicherheit und regionaler Entwicklung. Der Klimafonds steht in genau dieser Tradition. Der Klimaschutz ist zweifellos die grösste Aufgabe unserer Generation, und grosse Herausforderungen wurden in der Schweiz bisher immer gemeinschaftlich gelöst: die AHV gegen Altersarmut, die Bahn für die Mobilität.

SIND ALLE GLEICH BETROFFEN?

Nein. Zur Klimaerhitzung tragen vor allem hohe und höchste Einkommen bei, überdurchschnittlich betroffen von den Folgen sind aber Menschen mit mittleren und tieferen Löhnen. Zum Beispiel durch Hitze am Arbeitsplatz, steigende Krankheitsrisiken oder höhere Nebenkosten zur Miete. Wer kein Geld für eine Klimaanlage hat oder in einer schlecht isolierten Wohnung lebt, leidet stärker. Wer draussen arbeitet – auf den Baustellen, im Gartenbau, in der Sicherheit oder in der Sommernahrung – ist der zunehmenden Hitze und sich mehrenden Extremwetterereignissen direkt ausgesetzt. Dadurch steigen sowohl das Unfallrisiko als auch die Risiken für Herz-Kreislauf- und Hautkrebskrankungen.

Menschen mit tiefen und mittleren Einkommen haben weniger Ausweichmöglichkeiten beim Wohnen, bei der Mobilität und beim Konsum. Darum will die Initiative den Klimafonds aus der allgemeinen Bundeskasse finanzieren.

WAS BEDEUTET DER ÖKOSOZIALE UMBAU?

Die Aufwertung der Infrastruktur bringt dem regionalen Gewerbe das grösste Auftragsvolumen der letzten Jahrzehnte. Das schafft zukunftsgerichtete Arbeitsplätze und stärkt die heimische Wirtschaft. Die Energiewende verändert auch viele bisherige Berufsbilder. Es braucht gut ausgebildete Fachkräfte in der Solarplanung, der Gebäudetechnik, im öffentlichen Verkehr und in der klimaverträglichen Industrie. Die Gewerkschaften kämpfen dafür, dass diese neuen Jobs auch gute Jobs sind mit guten Löhnen, sicheren Arbeitsbedingungen, Gesundheitsschutz und Mitsprache. Klimapolitik und Arbeitnehmendenrechte gehören zusammen.

WARUM ENGAGIERT SICH DIE UNIA DAFÜR?

Die Unia kämpft seit Jahren für einen ökologischen Werkplatz Schweiz und für den sozialökonomischen Umbau. Sie will eine Wirtschaft mit guten Jobs, die den Menschen nützt und die Lebensgrundlagen künftiger Generationen nicht bedroht. Denn die Klimakrise lässt sich nicht durch individuelles Konsumverhalten lösen, sondern nur durch strukturelle Veränderungen. Für die Gewerkschaft zentral: Klimaschutz darf nicht auf dem Rücken der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer stattfinden, sondern muss ihnen Sicherheit und Perspektiven geben.

Die Klimafonds-Initiative sieht ausdrücklich Aus- und Weiterbildungsangebote vor. Denn die Transformation zur klimaverträglichen Arbeitswelt kann ohne massive Qualifizierung nicht funktionieren. Es braucht gut ausgebildete Fachkräfte in der Solarplanung, der Gebäudetechnik, im öffentlichen Verkehr, in der Pflege und in der klimaverträglichen Industrie. Gleichzeitig müssen Menschen, die sich neu orientieren, während der Ausbildung abgesichert sein. Sonst bleibt Weiterbildung ein Privileg für jene, die es sich leisten können. Und all dies berücksichtigt die Klimafondsinitiative und finanziert es gerecht.

Am 8. März: Darüber stimmen wir ab

Das steht auf dem Stimmzettel der Eidgenössischen Volksinitiative «Für eine gerechte Energie- und Klimapolitik: Investieren für Wohlstand, Arbeit und Umwelt (Klimafonds-Initiative)»

Die Bundesverfassung wird wie folgt geändert:

Art. 103a Förderung einer sozial gerechten Energie- und Klimapolitik

1 Bund, Kantone und Gemeinden bekämpfen die menschengemachte Klimaerwärmung und ihre gesellschaftlichen, ökologischen und wirtschaftlichen Folgen in Übereinstimmung mit den internationalen Klimaabkommen. Sie sorgen für eine sozial gerechte Finanzierung und Umsetzung der Massnahmen.

- 2 Der Bund unterstützt insbesondere:
- die Dekarbonisierung von Verkehr, Gebäuden und Wirtschaft;
 - den sparsamen und effizienten Energieverbrauch, die Versorgungssicherheit und den Ausbau der erneuerbaren Energien;
 - die notwendigen Aus-, Weiterbildungs- und Umschulungsmassnahmen inklusive finanzieller Beiträge für den Ausgleich des Einkommensausfalls während der Ausbildungszeit;
 - nachhaltige und natürliche Karbonensenken;
 - die Stärkung der Biodiversität, namentlich zur Bekämpfung der Folgen der Klimaerwärmung.

3 Für die Finanzierung der bundeseigenen Vorhaben und für finanzielle Beiträge an die Vorhaben von Kantonen, Gemeinden und Dritten verfügt der Bund über einen Investitionsfonds. Der Fonds oder vom Bund beauftragte Dritte können auch Kredite, Garantien und Bürgschaften gewähren.

4 Das Gesetz regelt die Einzelheiten.

Übergangsbestimmung

Der Fonds (...) wird vom Bund spätestens ab dem dritten Jahr nach Annahme (...) bis 2050 jährlich mit Mitteln in der Höhe von 0,5 bis 1 Prozent des Bruttoinlandprodukts gespeist. Dieser Betrag wird im Höchstbetrag der im Vorschlag zu bewilligenden Gesamtausgaben (...) nicht mitgerechnet. Er kann angemessen gesenkt werden, wenn die Schweiz ihre nationalen und internationalen Klimaziele erreicht hat.

Das grosse work-Interview zum Jahresauftakt mit Unia-Präsidentin Vania Alleva

«Die Vielfalt ist unsere Stärke»

Unia-Chefin Vania Alleva über Arbeitgeber, die nicht mehr logisch denken, brandgefährliche SVP-Initiativen und die besten Orientierungshilfen für stürmische Zeiten.

ANNE-SOPHIE ZBINDEN

work: Das Jahr hat dramatisch begonnen, mit der Tragödie in Crans-Montana und der Entführung des venezolanischen Präsidenten Nicolas Maduro durch die USA. Wie sind Sie ins 2026 gestartet?

Vania Alleva: Sagen wir mal: nachdenklich. Die Tragödie in Crans-Montana hat mich zunächst sprachlos gemacht. Und die Kriege, die weltweiten Verstöße gegen das Völkerrecht und die immer schamlose Gewalteskalaion rechter Autokraten sind besorgniserregend. Doch gerade deshalb braucht es jetzt all unsere Kräfte. Solidarität, Gewerkschaftsarbeit, kollektives Handeln ist jetzt wichtiger denn je.

Blicken wir zunächst auf das letzte Jahr zurück. 2025 wurde die Unia 20 Jahre alt. Hat sie sich gebührend gefeiert?

Wir haben das Jubiläum mit einem Buch gefeiert, einem Fest und am Kongress in Brig unter dem Motto «20 Jahre stark – gemeinsam für soziale Gerechtigkeit». Die Unia ist eine Erfolgsgeschichte. Sie ist eine soziale Kraft, die den Arbeitnehmenden eine Stimme gibt. Und eine zentrale Säule im Schweizer Modell der Arbeitsmarkt-



JUBILÄUM 2025: Der Kongress in Brig Ende Oktober machte sein Motto «Gemeinsam für soziale Gerechtigkeit» auch auf der Strasse sichtbar. FOTO: MANU FRIEDERICH

regulierung mit Verträgen, Mindestlöhnen und Lohnschutz.

Und was hat die Unia im letzten Jahr besonders beschäftigt?

Es war ein intensives Jahr, geprägt von weltweiten Kriegen, Konflikten und einem verschärften Klassenkampf von oben. Aber Resignation und Angst sind fehl am Platz. Vielmehr müssen wir gemeinsam für bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen einstehen und für die Einhaltung der Grundrechte. In den Branchen, Betrieben und auf der Strasse haben wir Angriffe auf Arbeitsbedingungen, Löhne und Gesamtarbeitsverträge abgewehrt.

Was hat die Unia konkret in den Branchen und Betrieben erreicht?

Die Unia hat in zahlreichen Branchen und Betrieben Verbesserungen erreicht. Zum Beispiel mit der Erneuerung des Coop-GAV. Dieser bringt Verbesserungen bei den Mindestlöhnen und den Arbeitszeiten. Auch in der Reinigung steigen mit dem neuen GAV die Mindestlöhne. Oder der neue GAV im Mäler- und Gipsergewerbe: Er bringt unter anderem mehr bezahlte Reisezei-

ten und Zuschläge für Samstagsarbeit. Schliesslich hatten wir eindrückliche Mobilisierungen rund um die Erneuerung des Landesmantelvertrages im Bau. Die Protesttage, an denen sich über 15 000 Bauleute beteiligt haben, waren entscheidend dafür, dass die Baumeister von ihren radikalen Forderungen abgekommen sind und eine gute Lösung gefunden wurde, über welche die Branchenkonferenz jetzt noch entscheiden wird.

Für den Bau-LMV brauchte es grossen Druck, damit eine Einigung in fast letzter Minute zustande kam. Woran lag das?

Die ideologische Haltung der Leitung des Baumeisterverbandes hat die Verhandlungen enorm erschwert. Sie kamen mit absurdem Abbaudien-



HARTES RINGEN MIT DEN BAUMEISTERN: Der Kampf für einen neuen LMV brauchte Kraft. Hier: Demo im Oktober 2025 in La Chaux-de-Fonds. FOTO: LUCAS DUBUIS

ten und über eigentlich überfällige Verbesserungen wollten sie gar nicht erst reden. Zum Beispiel eine Anpassung aller Löhne an die Teuerung, bezahlte Reisezeiten oder Arbeitszeiten, die nicht krank machen. Doch die Baumeister wollten genau das Gegenteil.

Sind die Verhandlungen generell schwieriger geworden?

Die Diskussionen sind immer stärker ideologisch geprägt. Wir müssen zunehmend um Selbstverständlichkeiten ringen. Die Vertragspartnerchaft ist eine wichtige Errungenschaft in diesem Land. Doch manchmal sind wir mit Arbeitgebern konfrontiert, die das Wesentliche aus den Augen verloren haben und offenbar am liebsten Wildwestzustände hätten am Arbeitsmarkt.

Und das bei einem grossen Fachkräfte-mangel...

Auf dem Bau, in vielen gewerblichen Branchen oder in der Pflege verlassen zahlreiche Arbeitnehmende ihren Beruf wegen der schlechten Lohn- und Arbeitsbedingungen. Die logische Konsequenz wäre, die Lohn- und Arbeitsbedingungen zu verbessern. Doch genau das Gegen teil passiert. Und das ist nicht rational. Denn wer die Menschen in den

Branchen halten will, muss Anreize schaffen und ins Personal investieren. Doch viele Manager wollen einfach nur immer noch mehr Profite.

Ein gewerkschaftlicher Knackpunkt sind seit Jahren die sinkenden Mitglieder-zahlen. Wie haben sich diese im letzten Jahr entwickelt?

Die Mitgliederentwicklung bleibt eine Herausforderung. Aber wir sind froh, dass es 2025 im Vergleich zu den letzten Jahren besser gelaufen ist und wir den Mitgliederrückgang deutlich reduzie-

ren konnten, mit einem Wachstum bei den Frauen. Wir werden alles daran setzen, dass wir im 2026 die Trendwende erreichen.

Und gibt es regionale Unterschiede?

Es gibt Regionen, die ein kontinuierliches Mitgliederwachstum haben, zum Beispiel der Kanton Waadt oder das Wallis. Das zeigt, dass die Trendwende in der Mitgliederentwicklung möglich ist.

Wie will die Unia mehr junge Menschen für die Gewerkschaft begeistern?

Die Mehrheit unserer Mitglieder sind zwischen 30 und 50 Jahre alt, und das ist gut so. Aber natürlich möchten wir mehr junge Mitglieder, die sich aktiv beteiligen. Deshalb sind wir zum Beispiel an Berufsschulen präsent mit Themen, die die Jugendlichen beschäftigen, wie die Kampagne für acht Wochen Ferien in der Lehre. Oder indem wir die digitale Kommunikation im Bereich Social Media stärken, um noch präsenter zu sein auf den Kanälen, auf denen sich die jungen Menschen informieren.

Wie ist die Zusammenarbeit mit den anderen Gewerkschaften und Verbänden? Geht es eher um Konkurrenz oder um Allianz?

Ganz klar um Allianzen. Was für die Arbeitnehmenden gilt, gilt auch für die Gewerkschaften: Gemeinsam sind wir stärker. Gewerkschaftliche Allianzen haben ja auch zur Gründung der Unia geführt. In Bezug auf die enormen Herausforderungen und dringend nötigen Verbesserungen in der Pflege wollen wir eng mit dem VPOD und anderen Verbänden zusammenarbeiten.

im Schreinereigewerbe und Holzbau oder die GAV-Verhandlungen «Second Guvre» in der Romandie.

Eine Schwerpunkt-kampagne nächstes Jahr richtet sich gegen sexuelle Belästigung am Arbeitsplatz.

Die Unia setzt sich für belästigungsfreie Arbeitsplätze ein. Jede zweite Person wurde bereits am Arbeitsplatz belästigt. Das muss endlich aufhören. Deshalb werden wir in den nächsten zwei Jahren in den Berufsschulen, an den Arbeitsplätzen und auf der Strasse für das Thema sensibilisieren und aufzeigen, wie sich Frauen wehren können, was ihre Rechte sind und wo sie Hilfe bekommen.

Und was tut die Unia selbst als Arbeitgeberin gegen sexuelle Belästigung am Arbeitsplatz?

Bei der Unia gibt es eine Nulltoleranzpolitik bei sexueller Belästigung. Wir haben seit Jahren eine Charta, die wir kollektiv erarbeitet haben und mit der alle Arbeitnehmenden geschult werden. Die setzen wir konsequent um.

Auch auf politischer Ebene wird 2026 ein entscheidendes Jahr. Zentral ist der Kampf gegen die 10-Millionen-Initiative der SVP, über die wir voraussichtlich im Juni abstimmen werden. Was macht sie so gefährlich?

Sie greift nicht nur die Grundrechte an, sondern den Lohnschutz und die Rechte von allen Arbeitnehmenden. Deshalb ist diese Chaos-Initiative der



WOLF IM SCHAFSPELZ: Unia-Aktion im September 2025 vor dem Bundeshaus zur SVP-Initiative, die am 8. März 2026 zur Abstimmung kommt. FOTO: MANU FRIEDERICH

Am gleichen Tag kommt auch die Klimafonds-Initiative an die Urnen. Wieso unterstützen die Gewerkschaften diese Initiative?

Die Klimakrise trifft viele Arbeitnehmende hart. Wer draussen arbeitet – auf den Baustellen, im Gartenbau, in der Sicherheit oder in der Sommergastronomie – ist Hitze und Extremwetterereignissen direkt ausgesetzt. Dadurch steigen sowohl das Unfallrisiko als auch die Risiken für Herz-Kreislauf und Hautkrebskrankungen. Deshalb braucht es mehr Klimaschutz. Und dieser muss gebaut werden. Dazu braucht es mehr Fachleute, und deshalb sieht die Initiative hier Beiträge an Aus- und Weiterbildungen sowie Umschulungen vor. Zusätzlich könnten dringend notwendige Klimainvestitionen der öffentlichen Hand und von Privaten ausgelöst werden, ohne die Kaufkraft der Arbeitnehmenden zusätzliche Belastungen zu belasten. Es ist jetzt Zeit für einen Boost für den Klimaschutz und für die inländische Wirtschaft. Denn der Klimafonds ist nicht nur gerecht finanziert, er schafft auch mehr Gerechtigkeit.

Doch damit nicht genug. Im Parlament ist eine ganze Reihe von Vorstossen hängig, die die Löhne und die Gesundheit der Bützer und Bützerinnen frontal angreifen...

Die rechtsbürgerliche Mehrheit im Parlament ist ausser Rand und Band. Sie will an zwölf statt wie bisher an maximal vier Sonntagen champen lassen, ohne dass dafür eine Bewilligung nötig wäre. Die Arbeitnehmenden sollen bis zu 17 Stunden pro Tag arbeiten müssen. Die Arbeitgeber sollen sogar Nacharbeit kurzfristig anordnen können. Und zudem sollen die gesetzlichen Mindestlöhne gesenkt werden können. Wir sagen ganz klar Nein zu diesen Angriffen auf das Arbeitsgesetz. Wenn es sein muss, auch mit Referendum.

Und wie geht es weiter mit den Verhand-lungen zu den Bilateralen III?

Wir haben in unzähligen Arbeitsgruppen innerenpolitische Massnahmen zum Schutz der

SPANNENDES 2026: Präsidentin Vania Alleva sieht auf die Unia heftigen Gegenwind von der politischen Rechten zukommen.
Foto: FLORIAN BACHMANN / HINTERGRUND ADOBE



«Mein Kompass zeigt auf Solidarität, Gemeinschaft, sozialen Ausgleich und Gerechtigkeit.»

Nach der US-Entführung von Präsident Nicolás Maduro warnen Gewerkschaften:

«Hände weg von Venezuela!»

Nach dem Überfall auf die Karibikrepublik droht Trump einer Reihe weiterer Staaten. Weltweit schlagen Gewerkschaften Alarm. Venezuelas Ex-Präsident Nicolás Maduro trauern sie aber nicht nach.

JONAS KOMPOSCH

«Schweizer Gewerkschaften unterstützen Maduro-Regime», titelte die «Handelszeitung» jüngst. Dass das Quatsch ist, weiss Autor Stefan Barmettler (68) genau. Schliesslich bezieht er sich explizit auf eine Medienmitteilung, in der der Schweizerische Gewerkschaftsbund zwei Dinge klarstellt.

Erstens: Die Schweizer Gewerkschaften verurteilen den völkerrechtswidrigen US-Angriff auf Venezuela scharf und fordern dasselbe auch vom Bundesrat. Zweitens: Die Zukunft Venezuelas muss von den Venezolanerinnen

und Venezolanern selbst entschieden werden. Und zwar durch «demokratische und friedliche Mittel ohne aus-

Mittel, ohne dass ländische Einmischung und mit freien und unabhängigen Gewerkschaften, die ohne Repression tätig sein können». Ähnliche Protestnoten kamen vom Internationalen Gewerkschaftsbund, seinem europäischen Pendant und der American Federation of Labor. Von Unterstützung des Maduro-Regimes kann also keine Rede sein. Eher legitimiert hier ein Schweizer Schreibtischtäter die imperialistischen Aggressionen des Trump-Regimes. Man könnte auch sagen: des aktuell gefährlichsten Autokraten der Welt.



KEINE TRÄNEN FÜR NICOLÁS MADURO: Die Gunst der unabhängigen Gewerkschaften Venezuelas hat der Ex-Präsident schon länger verwirkt. Der Eingriff des Trump-Regimes ist dennoch völkerrechtswidrig. FOTO: KEystone

KRIEGSDROHUNG AN ALLE GEGNER

Der selbsternannte «Friedenspräsident» blies am 3. Januar bekanntlich wieder einmal zum Angriff. Diesmal gegen das Land mit den weltweit grössten Ölreserven und einer dem Namen nach sozialistischen Regierung. Mit Luftschlägen und Bodenoperationen töteten die US-Angreifer rund 80 Soldaten und Zivilisten, darunter 32 kubanische Leibwächter von Staatschef Nicolás Maduro. Den angeblichen «Drogen-terroristen» verschleppten die Invasoren samt seiner Frau nach New York. Trump feierte sich noch am selben Tag in einer einstündigen, wirren, aber entlarvenden Rede. Offen gestand er, er habe es auf das Öl abgesehen; dass er nötigen-

falls einen «viel grösseren Angriff» befehlen werde und dass dies der ganzen Welt eine Lehre sein solle.

Später äusserte er sich über Maduros Nachfolgerin Delcy Rodríguez in einer Art, die viele als Morddrohung auslegten: «Wenn sie nicht das Richtige tut, wird sie einen sehr hohen Preis zahlen, wahrscheinlich höher als Maduro.» Und dem linken Präsidenten Kolumbiens drohte Trump: Gustavo Petro sei ein «kranker Mann», der es liebe, Kokain in die USA zu verkaufen. Das werde er «nicht mehr lange machen». Auch gegen Mexiko müsse er «etwas unternehmen», denn die linke Präsidentin Claudia Sheinbaum verweigere die Stationierung von US-Truppen in

ihrem Land. Kuba riet er zu «einem Deal, bevor es zu spät ist». Und spätestens mit der Grönland-Krise ist klar geworden, dass selbst Nato-Staaten nicht mehr sicher sind vor Trump und seiner rechtsextremen Entourage. Deren venezolanische Verbündete machen sich derweil bereit für den erhofften Regime-Change.

ARBEITER SOLLEN DOPPELTES LEISTEN

Doch zumindest Friedensnobelpreisträgerin María Machado, notabene eine alte Befürworterin einer US-Intervention und Bewunderin des Anarchokapitalisten Javier Milei, hat bisher kaum profitiert. Für das Präsidialamt sei sie «zu wenig respektiert», ätzte Trump. Ob aber das venezolanische Volk eine Machtübernahme der alten, US-hörigen Bourgeoisie verhindern wird, scheint ungewiss. Denn das Land des «Sozialismus des 21.Jahrhunderts», den der charismatische Hugo Chávez einst ausgerufen und mit einem Erfolg vorangetrieben hatte, gleicht längst einem despatisch geführten Armenhaus. Und dies nicht nur wegen westlicher Wirtschaftsblockaden.

Die Verfassungsrechtlerin und chavistische Ex-Parlamentarierin María Alejandra Díaz äußerte sich aus dem Exil: «Wir haben schon 2018 gesagt, dass der Madurismus die Unterstützung des Volkes verloren hat. Weil er die Löhne gesenkt, die Arbeitsgesetze abgeschafft und die Reichtümer des Landes intransparent verwaltet hat. Ganz zu schweigen von der Korruption und der Verfolgung aller, die anders denken.» Die fast zur Handlungsunfähigkeit geschwächten unabhängigen Gewerkschaften Venezuelas weinen Maduro jedenfalls keine Träne nach. Ganz anders die regimetreue Sozialistisch-Bolivari-sche Arbeiterzentrale: Sie will ihren «revolutionären Führer» zurück und ruft zur «Rache des Personals» auf. Konkret solle die Arbeiterklasse ihre Anstrengungen verdoppeln und 2026 einen Produktionsrekord aufstellen.

INSERAT

A large-scale poster featuring the word "SALE" in bold, orange-red letters, partially cut off at the bottom. Below the letters, the word "Billiglöhne" is written in a smaller, italicized orange-red font. At the bottom left is a QR code. The bottom right contains the text "so!lidar suis" in a stylized orange-red font. On the far right edge, vertical text reads "Bekämpfe die weltweite Ungleichheit mit uns: solidar.ch". At the very bottom left, there is small, faint text that appears to be "SPINAS CIVIL VOICES".



Einblicke in die Strategie der Weltmacht USA

«Jetzt sind wir ein Schurkenstaat»

Das US-Regime führt Krieg gegen Europa, den Rest der Welt und die eigene Bevölkerung. Der Grund: Demokratie und Grundrechte hemmen seine schamlose Bereicherung.

OLIVER FAHRNI

Dass der dänische Aussenminister Lars Løkke Rasmussen nach dem Treffen mit US-Vizepräsident J.D. Vance eine Zigarette brauchte, war verständlich. Immerhin war er gerade noch heil aus dem Weissen Haus rausgekommen.

Dieses US-Regime verhandelt nicht, es demüttigt. «Wir nehmen uns Grönland», sagte Präsident Donald Trump, «auf die weiche oder die harte Tour. Wir brauchen es für unsere Sicherheit.» Rasmussen hat eingeworfen, dass die USA früher dreissig Militärbasen auf Grönland gehabt hätten und sie jederzeit wieder einrichten könnten. Für strategische Sicherheit sei also gesorgt. Besser hätte der Däne Goldbarren mitgebracht und einen «Friedenspreis» für Trump.

Die USA sind schon lange eine imperiale Macht, es gibt nur wenige Nationen zwischen Vietnam und Venezuela, die dafür nicht mit Blut bezahlt haben. Konsterniert notierte die «Washington Post» nach dem US-Überfall auf Venezuela und der Entführung von Präsident Maduro: «Jetzt sind wir ein Schurkenstaat.»

KAMPF GEGEN VERBÜNDETE

Doch nunrätseln Beobachter, was den neuen US-Furor gegen Länder antreibt, die sich eigentlich als Verbündete im «Westen» verstehen, wie eben Dänemark, die EU oder das brave Kanada. Washington zertrümmt gerade die eigene Weltordnung. Zum Jahresbeginn zogen sich die Vereinigten Staaten aus 66 internationalen Organisationen zurück, Völkerrecht, Menschenrecht und diplomatische Regeln sind gekübelt.

Künftig, so sagte der 34fach verurteilte Betrüger, Vergewaltiger und Umstürzler Trump, sei die

einzige Regel, nach der die Welt sich zu richten habe, «meine persönliche Moral, mein Intellekt». Autsch.

EIN PRÄSIDENT AN DER LEINE

Wer aber den Irrsinn der US-Politik einer offensichtlich defekten Psyche des Präsidenten zuschreibt («Trump spinnt»), wird getäuscht. Der Mann, der unsere Medien ständig mit Lügen und Obszönitäten füllt, ist nur ein Präsidentendarsteller. Seine wichtigste Aufgabe bestehe darin, so hat es der ultrarechte Drahtzieher Steve Bannon formuliert, «die Welt mit Scheisse zu fluten». Und dann mit krakligem Filzstift Hunderte von Dekreten zu signieren, von denen er kaum etwas verstehe.

Diese Methode kennen wir als «Regime der Narren». Eine perfekte Nebelwand für «sadistische Zombies». So nennt der US-Ökonom Paul Krugman (Nobelpreis 2008) die realen

Eine perfekte Nebelwand für «sadistische Zombies».

Leute wie Stephen Miller, Russell «Bulldog» Vought, J.D. Vance, David «Kryptozar» Sacks, Peter Thiel, Elon Musk und einige weitere, die Trump an der Leine führen.

Miller, formal Trumps Vizestabschef, ist ein bekennender Rassist. Er handelt im Auftrag des Tech-Kapitals, globaler Investmentfonds und christlicher Lobbys. Demokratie und Grundrechte will er möglichst rasch schleifen.

ENDZEIT-FASCHISMUS

Für das Drehbuch hat Russell Vought gesorgt. Es heißt «Project 2025». Seit 2008 organisiert der religiöse Nationalist unter dem Dach der «Heritage Foundation» die Zusammenarbeit von 110 reaktionären Denkfabriken für ein Regierungsprogramm. Fast alles, was Trump tut, wurde dort dezipliniert geplant. Was die Durchschlagskraft der ersten zwölf Monate erklärt.

2008 ist kein Zufall. Es war das Jahr der Weltfinanzkrise – der Kapitalismus stand auf der Kippe. Die klassische Akkumulation des Kapitals stockte. Im Neoliberalismus hatten sich die Besitzenden zunehmend den Steuern und Sozialver-

pflichtungen entzogen, nun erzwangen sie eine weitere Mutation: Ihre Gewinne holten sie sich seitdem zu grossen Teilen direkt aus öffentlichem Geld. Logisch, stört dabei die Demokratie.

Mit den gigantischen Krisenprogrammen nach 2008 nahm der Aufstieg der Hightech-Konzerne und ihrer Bosse Musk, Zuckerberg, Thiel, Bezos usw. rasende Fahrt auf. In ihren Auftritten reden sie Klar-

Künftig sollen Staaten wie Konzerne von CEOs regiert werden.

text: Demokratie und Kapitalismus gehen nicht zusammen. Sie formulieren, was die kanadische Autorin Naomi Klein als «Endzeit-Faschismus» kritisiert: Künftig sollen Staaten wie Konzerne von CEOs regiert werden, ohne Einmischung der Gesellschaft. Die Arbeitenden sollen im neuen Maschinenraum des Kapitals arbeiten, in privat kontrollierten Produktionszonen. Und weil ihre Produktionsweise enorme Mengen an Rohstoffen und Energie verschwendet, sollen die USA das Material mit Gewalt herbeischaffen.

Die US-Aussenpolitik spiegelt diesen Raubkapitalismus. Grönland hat Uran, seltene Erden und mehr, also wird es bald annexiert. In Venezuelas Boden liegen 17 Prozent des globalen Öls. Miller: «Wir haben es uns genommen, weil wir es können.» Banditen reden so. Kanada verfügt unter anderem über viel Strom und immense Mengen frischen Wassers (die den USA fehlen), darum muss es der 51. Bundesstaat werden. Wer braucht schon Freunde. Donald Trump: «Diese drei Länder liegen in der westlichen Hemisphäre, die uns gehört.»

ERZFEIND EUROPA

Ende Dezember veröffentlichte Washington ein 33seitiges «sicherheitspolitisches» Konzept, das in Paris und Berlin Kopfschmerzen auslöste. Offenbar sieht J.D. Vance, der bald Trump ablösen dürfte, den Hauptfeind in Europa: zu wenig rassistisch, zu sehr auf sozialen Ausgleich bemüht und viel zu demokratisch. Als riesiger Markt willkommen, sei die EU als politischer Konkurrent zu zerstören. Deshalb scheuen Trump und seine Entourage weder Mühe noch Geld, um überall in Europa die Neofaschisten an die Macht zu bringen.

Proteste in Iran «Keine Vision»

Die iranisch-französische Wissenschaftlerin Fariba Adelkhah über die Auswirkungen der Proteste von 2022 und die aktuelle Revolte.

OLIVER FAHRNI

Am 5.Juni 2019 stecken Revolutionärinnen Dr. Fariba Adelkhah ins berüchtigte Teheraner Evin-Gefängnis. Dort erfährt sie, dass sie der Spionage angeklagt sei. Absurd. Darauf steht die Todesstrafe. Doch die Sozialanthropologin nervt sich darüber, dass man ihre Forschungsarbeit unterbricht. Deshalb macht sie einfach weiter. Im Frauentrakt der politischen Ge-



KRITISCHE ANALYSE: Fariba Adelkhah über das aktuelle Iran. FOTO: ZVG

fangenen sitzt sie an der Quelle. So ist Adelkhah: immer mittendrin, ganz nahe dran, dort, wo es wehtut, im Gespräch mit allen, auch und gerade den Schurken.

UNBESTECHLICH. In Teheran aufgewachsen, Forschungsdirektorin der Elite-Uni Sciences-Po in Paris, Ehrendoktorin der Uni Genf, ist ihr wissenschaftlicher Blick unbestechlich scharf, ihr Gehör für das

«Die Frauen haben starke Positionen im öffentlichen Raum erstritten.»

FARIBA ADELKHAH

Ungesagte fein. So hat sie einige der besten Bücher zum 90-Millionen-Vielvölkerstaat Iran geschrieben. Im Evin-Gefängnis kämpfte sie per Hungerstreik für die Freiheit der Forschung, wurde zu fünf Jahren verurteilt und solidarisierte sich nach dem Tode von Mahsa Amini im Herbst 2022 mit der Protestbewegung «Frau Leben Freiheit!». 2023 begnadigte sie der Staatschef Ayatollah Ali Khamenei. Ein Freispruch, sagt sie, wäre ihr lieber gewesen.

ARMSELIG. Im work-Interview erklärt sie, was sich seit den Protesten 2023 verändert hat: «In vielen Kämpfen haben die Frauen heute starke Positionen im öffentlichen Raum erstritten.» Über die aktuellen Proteste in Iran sagt sie, es sei nicht nur ein Protest aus ökonomischen Gründen, sondern eine Revolte gegen mangelnde Zukunftsaussichten. «Niemand bietet eine glaubhafte Vision zum Ausstieg aus der schlimmen Lage an. Weder das erstarnte Regime noch die furchterlich zerstrittenen oppositionellen Kräfte oder eine Diaspora, die sich zunehmend trumpisiert.» Über die westliche Erzählung, in Iran protestiere zurzeit eine laizistische, demokratische Zivilgesellschaft gegen die islamistische «Diktatur der Mullahs» sagt sie: «Wer seine Iran-Politik auf ein solch armseliges Verständnis baut, macht gefährliche Fehler.»

Lesen Sie das ganze Interview auf workzeitung.ch



Landesmuseum Kinderarbeit in der Schweiz

Weltweit werden heute 138 Millionen Mädchen und Buben zur Arbeit gezwungen. Mit steigender Tendenz, warnt die Uno, besonders in der Textilindustrie. Diese war schon im 19. Jahrhundert Hauptprofiteurin der Kinderarbeit, gerade in der Schweiz. Das zeigt die neue Ausstellung «Aus der Not geboren» im Landesmuseum Zürich. Etwa mit den ersten zögerlichen Versuchen zum Kinderschutz: Der Kanton Zürich verbot 1815 Fabrikarbeit für unter Neunjährige und beschränkte die übrige Kinderarbeit auf 14 (!) Stunden pro Tag. Praktisch ohne Erfolg. 1877 untersagte das Eidgenössische Fabrikgesetz die Arbeit für unter Vierzehnjährige. Doch Bschiss war häufig, und für Bauern und Heimarbeit galten Sonderrechte. Die Folge: 1904 zählten zwölf Kantone immer noch 300'000 arbeitende Kinder. Die Ausstellung zeigt auch, wie Verdung- und Heimkinder der noch bis in die 1980er Jahre zur Arbeit gezwungen wurden.

Schweizerisches Landesmuseum, Zürich, Eintritt: 13 Franken (Fr. 10.– ermässigt).

F-35-Buch Absturz mit Ansage

Er braucht extralange Startpisten, den Extraeinbau neuer Triebwerke, die Extraufhebung seiner in Friedenszeiten verbotene Tarnkappeneigenschaft, und es macht extraviel Lärm, mehr als alles, was bisher am Schweizer Himmel rauschte: der F-35, der angeblich beste Kampfjet der Welt. Real steht selbst bei der US-army jeder zweite F-35 flugunfähig in einem Hangar herum. Und in der Schweiz? Entpuppt sich der angeblich versprochene «Fixpreis» als Milliarden-Fass ohne Boden. Längst vorausgesagt hatte das Pierre-Alain Frizez. Der jurassische SP-Nationalrat gehört der Sicherheitspolitischen Kommission an, ist Mitglied der Parlamentarischen Versammlung des Europarats und hat schon mehrfach zu Verteidigungsfragen publiziert. In seinem neuesten Buch rollt Frizez die Beschaffungsgeschichte des Ami-Atom-Bombers auf und schildert die Affäre als Ergebnis sorgfältiger Manipulation.

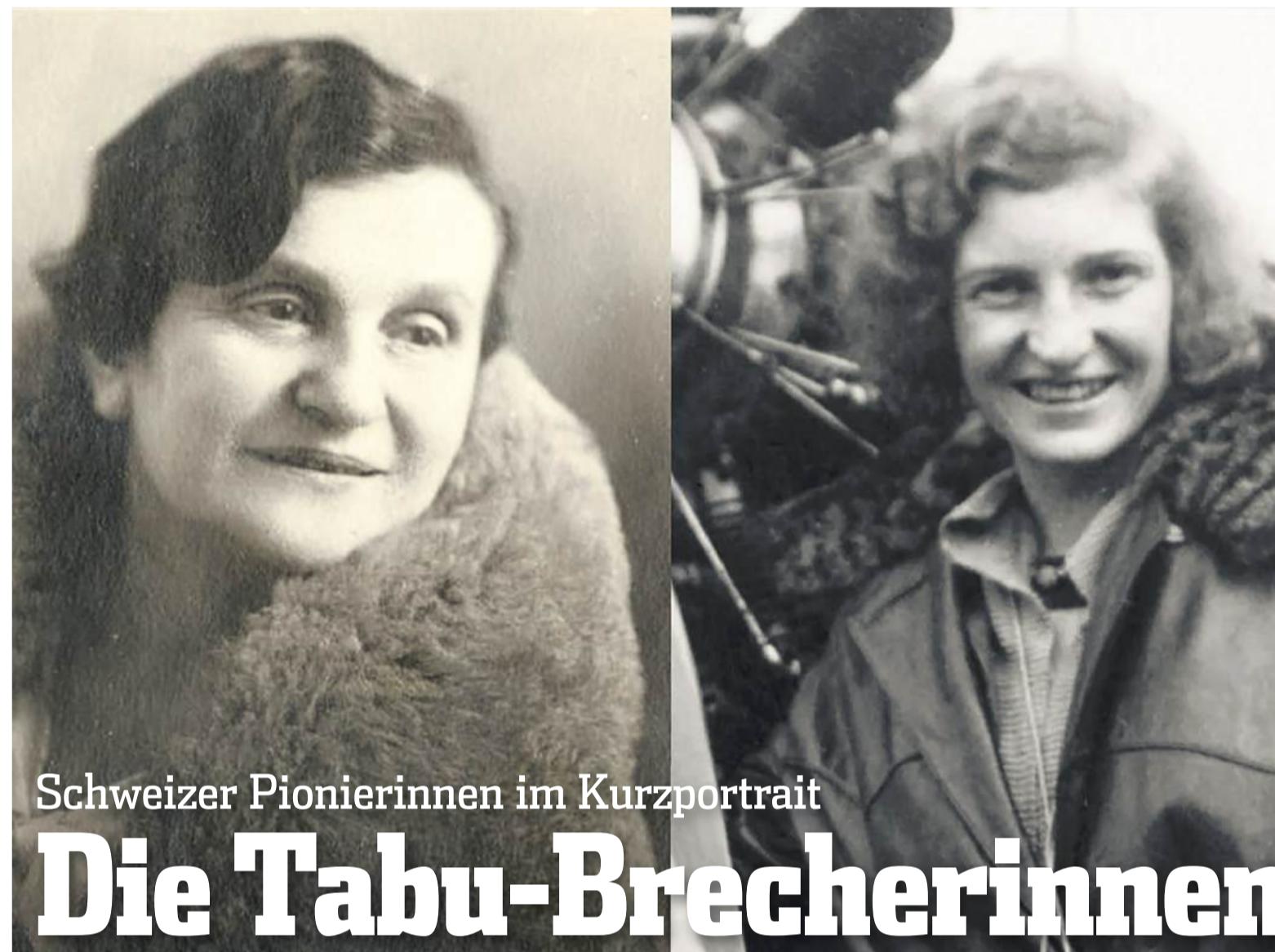


Brissago 1944 Soli-Streik für Kriegsflüchtlinge

Cannobio (I) ist ein hübsches Dorf am Lago Maggiore, 10 Autominuten hinter dem Tessiner Grenzort Brissago. Im zweiten Weltkrieg war es ein Zentrum der Nazi-Besatzer, doch Antifaschisten gelang die Befreiung noch vor der Gründung der Partisanenrepublik Ossola. Allerdings holten die Nazi-Faschisten schon nach 7 Tagen zum Gegen-schlag aus. Am 12. September 1944 ergrieffen deshalb 31 Frauen, Kinder und Alte – wohl Angehörige von Partisanen – die Flucht seines auf. Doch die Schweizer Zöllner durften sie nicht hereinlassen. Das sorgte in Brissago für helle Empörung – besonders in der berühmten Zigarettenfabrik: Spontan traten die Arbeiterinnen in den Streik und gingen auf die Strasse. Bis die Flüchtlinge passieren durften! Diese Rettungsaktion und generell die Solidarität der lokalen Bevölkerung würdigte nun ein Gedenkanlass des «Gruppo per la Memoria 1943–1945».

Samstag, 31. Januar, 10.15 Uhr, Brissago (beim Palazzo Branca-Baccala), mit historischen Vorträgen von Orlando Nosetti und Raphael Rues, Einweihung einer Gedenktafel, im Anschluss Polenta.

Noch viele Frauengeschichten hätten es verdient, geschrieben zu werden. Diese hier sind jetzt nachzulesen: Vorbilder für heute – Heldinnen ihrer Zeit



Schweizer Pionierinnen im Kurzportrait

Die Tabu-Brecherinnen

PIONIERINNEN: Ärztin Paulette Brupbacher (l.) und Pilotin Margaret Fusbahn-Billwiler. FOTO: SCHWEIZERISCHES SOZIALARCHIV / HAUS DER GESCHICHTE BADEN-WÜRTTEMBERG

Sie erklimmen extremste Berge, flogen in schwindelerregenden Höhen oder retteten gar mit einem Suppentopf-Weitwurf eine Stadt vor dem Verderben. Frauen prägten die Schweiz, doch sie wurden vergessen.

ANNE-SOPHIE ZBINDEN

Für Margaret gibt es kein Halten. Das Töchterchen aus schwerelosem Hause flitzt zuerst auf Rollschuhen um die Wette, dann auf dem Pferd, später im Auto. Doch sie will noch höher hinaus. 1928 lernt sie fliegen, erhält ihr Brevet noch vor ihrem Mann. Zu zweit überqueren sie die Alpen, fliegen über Mittelmeer nach Ägypten. Das Ehepaar ist monatelang unterwegs. Doch auf dem Boden, da ist sie ganz devote Gattin. Sie sei ganz Frau geblieben, frolockt ihr Gatte, keine wisse den Lippenstift in so «schön geschwungenen Linien» zu führen wie sie. Doch

dann folgt eine **Paulette Brupbacher, klärte Arbeiterinnen über Verhütung auf – ein Skandal!**

KURZ UND KURZWELIG Die Frauenportraits reichen vom Mittelalter bis in die Neuzeit. Von Catherine Royaume, die mit einem Suppentopf-Weitwurf die Stadt Genf vor einem Angriff rettete, bis zur Malerin Martha Stettler, die in Paris die berühmte Kunstabakademie La Grande Chaumière gründete. Das Buch porträtiert kurz und kurzweilig inspirierende Frauen. Einziger Wermutstropfen: ein paar sprachliche Unsicherheiten und Tippsfehler.

SEXBESESSENE KOMMUNISTIN Die Geschichte der Flugpionierin Margaret Fusbahn-Billwiler (1907–2001) ist eine von 20 Erzählungen über Schweizer Pionierinnen, verfasst von der Journalistin und Autorin Danièle Muscionico. Die Portraits reichen sich in ein Publikation über bedeutende Frauen, die so alt sind wie die Frauenbewegung selbst, wie die Historikerin Elisabeth Joris im Vorwort schreibt. Bei den Pionierinnen von Muscionico

gehe es darum zu zeigen, wie Frauen – mehrheitlich aus der Oberschicht – es verstanden, «Spielräume zu nutzen und auszuweiten». In kleinen Leschäppchen präsentierte Muscionico Frauen, die sich über die ihnen zugewiesenen Räume hinwegsetzen und Neuland betreten. Eine von ihnen ist auch Paulette Brupbacher (1880–1967), die «sexbesessene Kommunistin».

ALS WÄRE VERHÜTUNG FRAUENSACHE...

Paulette ist Ärztin. Zusammen mit ihrem Mann Fritz Brupbacher, Arzt und Kommunist, führt sie in Zürich Aussenstühle eine Praxis für Arbeiterinnen und Arbeiter. Für Paulette ist klar: Unter allen Belastungen des Arbeiterinnenberufs ist die ungewollte Schwangerschaft die zermürbendste. Deshalb hält sie Vorträge und schreibt über Verhütung. Sie spricht offen mit den Arbeiterinnen und Arbeitern über gefährliche Ammenmärchen und Methoden, die wirklich funktionieren: Diaphragma, chemisches Gel oder das Kondom sind in den 1930er Jahren bereits bekannt. Und sie fordert: Aufklärung und Verhütung sollen kostenlos sein, Abtreibungen legal, in den Betrieben braucht es Mutterschaftsurlaub und Stillpausen. Doch das alles ist zu viel, viel zu viel für die Schweiz in den Zwischenkriegsjahren. Das Land braucht Kinder. Verhütung wird als pure Vergrößigungssucht des niederen Stands verabscheut. Geistliche sind skandalisiert: Paulette sei anrüchig und schamlos. «Geburtenregelung – als wäre das Frauensache!»

KURZ UND KURZWELIG

Die Frauenportraits reichen vom Mittelalter bis in die Neuzeit. Von Catherine Royaume, die mit einem Angriff rettete, bis zur Malerin Martha Stettler, die in Paris die berühmte Kunstabakademie La Grande Chaumière gründete. Das Buch porträtiert kurz und kurzweilig inspirierende Frauen. Einziger Wermutstropfen: ein paar sprachliche Unsicherheiten und Tippsfehler.

Danièle Muscionico: **Starke Schweizer Frauen. Pionierinnen.** Limmat-Verlag, 171 Seiten.



EINE DER BESTEN FLIEGERINNEN IHRER ZEIT:
Margaret Fusbahn-Billwiler. FOTO: VERKEHRSHAUS LUZERN



MARTHA STETTLER (r.): Gründete in Paris die berühmte Kunstabakademie La Grande Chaumière.

FOTO: VERKEHRSHAUS / WIKIPEDIA



ÄRZTIN DER ARBEITERINNEN: Paulette Brupbacher mit ihrem Mann Fritz. FOTO: -PROJEKT SCHWEIZ-



Fotoalben als Wegmarken einer exemplarischen Biografie

Ein Arbeiterinnenleben

EINBLICKE INS FAMILIENLEBEN: Elsa Hoffmann im Jahr 1913 und ihr früherer Mann Karel. FOTO: PD

Elsa Hoffmann hieß später Polák und Bollinger, wurde 1893 in Böhmen-Mähren geboren und starb 1978 in der Schweiz. Sie war Arbeiterin, Migrantin, Mutter, Enkelin Ruth Bollinger nähert sich mit einer Roman-Biographie dem Leben der Grossmutter.

CLEMENS STUDER

Es beginnt mit einem Geruch. Moderig, staubig, leicht süßlich. Kein grosses Ereignis, kein dramatischer Fund. Da ist einfach ein Keller, darin stehen alte Schachteln, darin liegt vergilbtes Papier. Wer «Elsas Alben» aufschlägt, merkt rasch: Dieses Buch ist nicht auf den schnellen Effekt aus. Es nähert sich seinem Gegenstand vorsichtig und fastend. Oder schon beinahe widerständig gegen jede Form von Dramatisierung. Und genau darin liegt seine Qualität.

EINE GROSSMUTTER

Im Zentrum steht Ruth Bollingers Grossmutter Elsa Hoffmann, später Polák und Bollinger. Gebo

rene 1893 in Böhmen-Mähren, gestorben 1978 in der Schweiz. Eine Frau der Arbeiterklasse, Migrantin, Mutter, politisch engagiert. Keine historische Figur im Sinn der klassischen bürgerlichen Geschichtsschreibung. Und gerade

deswegen lassen sich an Elsa die sozialen, politischen und biographischen Verwerfungen des 20. Jahrhunderts exemplarisch ablesen.

Das Buch entfaltet dieses Leben nicht als lückenlose Biographie, sondern in Szenen, die sich aneinanderreihen, überlagern, manchmal auch widersprechen. Eine der stärksten dieser Szenen spielt 1965: Elsa, inzwischen 72, fliegt in die Tschechoslowakei und besucht Karel, den ersten Mann, von dem sie sich ein halbes Jahrhundert zuvor hatte scheiden lassen. Die beiden sitzen in seiner Stube, er schwatzt von alten Zeiten, sie lacht viel. Kein Drama, keine Abrechnung, nur zwei alte Leute, die etwas abrunden. Bollinger erzählt das ohne Sentimentalität und darum besonders eindrücklich.

Gerade diese doppelte Struktur trägt das Buch. Die historische Ebene zeigt ein gelebtes Leben, die Gegenwartsebene macht deutlich,

wie schwer es ist, dieses Leben im nachhinein zu fassen. Erinnerung erscheint nicht als verlässlicher Speicher, sondern als brüchiges Gefüge aus Dokumenten, Bildern und Vermutungen. Die Fotoalben, das leitende Motiv des Buches, ordnen nichts. Sie irritieren, sie widersprechen. Sie machen sichtbar, wie selektiv Überlieferung funktioniert.

Das Buch zeigt, wie viel Geschichte in unscheinbaren Leben steckt.

CLEMENS STUDER

Es beginnt mit einem Geruch. Moderig, staubig, leicht süßlich. Kein grosses Ereignis, kein dramatischer Fund. Da ist einfach ein Keller, darin stehen alte Schachteln, darin liegt vergilbtes Papier. Wer «Elsas Alben» aufschlägt, merkt rasch: Dieses Buch ist nicht auf den schnellen Effekt aus. Es nähert sich seinem Gegenstand vorsichtig und fastend. Oder schon beinahe widerständig gegen jede Form von Dramatisierung. Und genau darin liegt seine Qualität.

EINE GROSSMUTTER

Im Zentrum steht Ruth Bollingers Grossmutter Elsa Hoffmann, später Polák und Bollinger. Gebo

rene 1893 in Böhmen-Mähren, gestorben 1978 in der Schweiz. Eine Frau der Arbeiterklasse, Migrantin, Mutter, politisch engagiert. Keine historische Figur im Sinn der klassischen bürgerlichen Geschichtsschreibung. Und gerade

deswegen lassen sich an Elsa die sozialen, politischen und biographischen Verwerfungen des 20. Jahrhunderts exemplarisch ablesen.

Das Buch entfaltet dieses Leben nicht als

lückenlose Biographie, sondern in Szenen, die sich aneinanderreihen, überlagern, manchmal auch widersprechen. Eine der stärksten dieser Szenen spielt 1965: Elsa, inzwischen 72, fliegt in die Tschechoslowakei und besucht Karel, den ersten Mann, von dem sie sich ein halbes Jahrhundert zuvor hatte scheiden lassen. Die beiden sitzen in seiner Stube, er schwatzt von alten Zeiten, sie lacht viel. Kein Drama, keine Abrechnung, nur zwei alte Leute, die etwas abrunden. Bollinger erzählt das ohne Sentimentalität und darum besonders eindrücklich.

Gerade weil das Buch auch hier nicht mehr behauptet, als es belegen kann, gewinnt es an Glaubwürdigkeit. Diese Rückhaltung ist interessant, sie kann aber auch fordern. Manches bleibt bewusst unterbelichtet, manches hätte man gerne länger ausgehalten.

Genau so funktioniert Geschichtsschreibung.

KEINE SENSATION, GUT SO!

«Elsas Alben» ist kein Roman, der auf Auflösung zielt, und keine Familiengeschichte, die ihre Geheimnisse vorführt. Es ist ein Buch, das zeigt, wie viel Geschichte in unscheinbaren Leben steckt und wie wenig davon selbstverständlich bewahrt wird. Wer Sensation sucht, wird wohl enttäuscht. Wer sich jedoch auf die präzise und politisch wache Annäherung einlässt, liest ein Buch, das nachwirkt, nicht weil es Antworten liefert, sondern weil es erzährend die richtigen Fragen stellt.

Zu den grossen Stärken des Buches zählt

seine methodische Redlichkeit. Bollinger er-

klärt nicht, was sich nicht erklären lässt. Sie ver-

zichtet auf psychologische Zuschreibungen

dort, wo die Quellen fehlen, und widerstehen

der Versuchung, aus Fragmenten eine geschlossene

Erzählung zu formen. Zu dieser Redlichkeit geh-

ört auch, dass Bollinger ein Kapitel nicht aus-

spart, das sie selbst lange umkreist hat: die se-

xuellen Übergriffe von Elsas ältestem Sohn,

als dem Onkel der Autorin. Keine Anklage,

sondern die nüchternere Frage, wie Elsa da-

mit umging, was sie wusste, was sie verdrängte.

Und die Einsicht, dass sich das aus den Quellen

nicht beantworten lässt. Bollinger verzichtet

konsequent auf nachträgliche Deutung. Sie

schreibt nicht, warum etwas geschah, sie be-



BEIM BUCHBERGHÄUS: Skoli – Elsa – Zdenek – Mikeli. Buchberg 1916. FOTO: PD



Hauser See 13. VI. 13.

Schwimmen im Hauser-See: Elsa, dritte von links. FOTO: PD



BESUCH IN NEURODE 1923, stehend von links: Elsa's Brüder Willi und Leo, Elsa, Konrad, Marie. Sitzend: Elsa's Mutter mit Walter, Elsa's Vater mit Willy. FOTO: PD

Die Autorin: Präzise und politisch wach

Ruth Bollinger (1951) wuchs in Beringen SH auf und besuchte in Schaffhausen die Kantonschule. Heute lebt sie in Luzern. Bollinger studierte einige Semester Geschichte, Europäische Volksliteratur, Pädagogik und Allgemeines Staatsrecht an den Universitäten Zürich und Marburg (D). Von 1989 bis 2016 war sie Dekanatssekretärin an der Rechtswissenschaftlichen Fakultät der Universität Zürich.

Nennt keine Motive, sie rekonstruiert keine Täterpsychologie. Sie legt offen, wie begrenzt das Wissen selbst innerhalb der Familie war. Und wie stark das Schweigen als familiärer Schutz-mechanismus wirkte. Der Text bleibt dabei stets auf der Seite der Betroffenen.

Gerade weil das Buch auch hier nicht mehr behauptet, als es belegen kann, gewinnt es an Glaubwürdigkeit. Diese Rückhaltung ist interessant, sie kann aber auch fordern. Manches bleibt bewusst unterbelichtet, manches hätte man gerne länger ausgehalten.

«Elsas Alben» ist kein Roman, der auf Auflösung zielt, und keine Familiengeschichte, die ihre Geheimnisse vorführt. Es ist ein Buch, das zeigt, wie viel



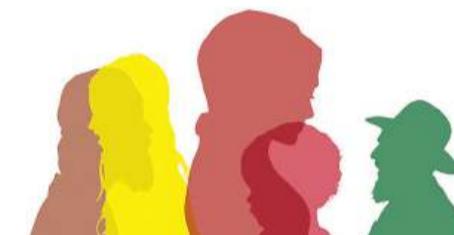
**Das
offene
Ohr**

Rahel Beyeler
von der Unia-Rechtsabteilung
beantwortet Fragen
aus der Arbeitswelt.

Diskriminierung: «Aus rassistischen Gründen habe ich die Stelle nicht erhalten»

Ich habe mich auf eine Stelle beworben, deren Voraussetzungen ich meinen Erwartungen alle erfüllt habe. Die Arbeitgeberin signalisierte grosses Interesse an meiner Bewerbung, und ich wurde in der Folge zum Bewerbungsgespräch eingeladen. Im Gespräch kippte die Stimmung ab dem Zeitpunkt, als die Arbeitgeberin realisierte, dass meine Familie ursprünglich aus Indonesien stammt und ich Muslimin bin. Schliesslich habe ich eine Absage erhalten. Ich bin überzeugt, dass allein meine Herkunft und mein Glaube ausschlaggebend dafür waren. Ist dieses Vor gehen diskriminierend?

RAHEL BEYELER: Ja, wenn Sie die Stelle einzigt wegen Ihrer Herkunft oder Ihrer Religionszugehörigkeit nicht erhalten haben, liegt vermutlich eine rassistische Diskriminierung vor. Obwohl Rassismus im Arbeits-



BEWEISE OFT SCHWIERIG: Für Fälle von rassistischer Diskriminierung kennt das Schweizer Gesetz keinerlei Beweiserleichterungen. FOTO: ADOBE STOCK

leben leider häufig vorkommt, ist es schwierig, juristisch dagegen vorzugehen. Das Schweizer Privatrecht bietet nur einen ungenügenden Schutz. Grundsätzlich kann die Arbeitgeberin im Rahmen der Vertragsfreiheit selber festlegen, mit wem sie nach welchen Kriterien ein Arbeitsverhältnis eingehen will. Werden in einer Stellenbeschreibung bestimmte Gruppen wie zum Beispiel «Schwarze» oder «Türken» schon von vornherein explizit ausgeschlossen, ist es auf privatrechtlichem Weg nicht möglich, dagegen vorzugehen. Allenfalls könnte ein strafrechtlicher Verstoss vorliegen. In ihrem Fall würden Sie aber zu einem Bewerbungsgespräch eingeladen, womit eine rechtliche Beziehung entstanden ist, in der sich die Parteien erhöhte Sorgfalt und Rücksicht schulden, auch wenn am Ende kein Vertrag zustande kommt. Das bedeutet, dass die Arbeitgeberin Ihre Persönlichkeit achten muss. Wird Ihnen aus rassistischen Motiven eine Absage erteilt, stellt dies eine widerrechtliche Verletzung ihrer Persönlichkeit dar. Allerdings kann die Arbeitgeberin versuchen, ihr Vorgehen mit sachlichen Gründen zu rechtfertigen. Es gibt nur wenig Rechtsprechung in diesem Bereich, doch in zwei bereits etwas älteren Urteilen erachteten die Gerichte die Bedürftigung der Arbeitgeberin, es könne zu einem Kundenverlust kommen oder die zu pflegenden Personen würden ablehnend auf eine Person schwarzer Hautfarbe reagieren, als nicht ausreichend. Sie verurteilten die Arbeitgeberin wegen schwerer Persönlichkeitsverletzungen jeweils zu einer Genugtuung.

Und wie stehen meine Erfolgchancen vor Gericht?
RAHEL BEYELER: Die Hürden sind hoch. Damit Sie in einem Zivilprozess erfolgreich sind, müssen Sie als Klägerin nachweisen, dass Sie die Stelle aus rassistischen Gründen nicht erhalten haben. Dies gelingt nur, wenn Sie mündliche oder schriftliche Beweise für die Motivation der Arbeitgeberin haben oder diese aus anderen, eindeutigen Indizien herleiten können. Anders als bei der Geschlechterdiskriminierung gibt es bei der rassistischen Diskriminierung keinerlei Beweiserleichterungen. Kommt hinzu, dass Sie selbst mit einem Sieg vor Gericht keine Anstellung erwirken können. Und um erfolgreich eine Genugtuung einzuklagen, müssen Sie beweisen, dass die Verletzung «schwerwiegend» war. Der heutige Schutz vor rassistischer Diskriminierung ist unbefriedigend, und es besteht Anpassungsbedarf.

Zwar bringt das neue Jahr kleine reale Verbesserungen in etlichen Branchen. Aber es braucht Lohnerhöhungen für alle

Kollektive Lohnverhandlungen bleiben zentral

Das Lohnjahr 2026 bringt für viele Arbeitnehmende kleine reale Lohnerhöhungen. Insgesamt bleibt der Nachholbedarf der letzten Jahre aber weiterhin gross.

MARIA KÜNZLI

Zuerst die guten Nachrichten: Nach Jahren, in denen die Teuerung stetig gestiegen war, ist sie zurzeit mit 0,1 bis 0,2 Prozent sehr tief. Somit können sich viele Beschäftigte über eine kleine Realloherhöhung freuen. Eine reale Lohnerhöhung bedeutet, dass die Löhne stärker steigen als die Preise, dass also auch nach Berücksichtigung des Preisanstiegs ein höherer Lohn übrigbleibt. Allerdings: «Wegen des Anstiegs der Preise, Mieten und Krankenkassenprämien reichen diese kleinen Realloherhöhungen nicht aus, um die Verluste der letzten Jahre auszugleichen», sagt Noémie Zurlinden, Öko-«Kleine Erhöhungen nominiert bei der Unia. «Die Reallöhne stagnieren seit einem Jahrzehnt und hinken der Entwicklung der Arbeitsproduktivität hinterher.» Auch 2025 verhandelte die Unia in diversen Branchen, um Lohnerhöhungen für alle zu erreichen. «In Gewerbe und in Baubranchen gibt es oft generelle Lohnerhöhungen, jedoch meist nur bis zu rund 0,8 Prozent», sagt Noémie Zurlinden.

NESTLÉ KNAUSERT. Im Reinigungsgewerbe Deutschschweiz steigen die Mindestlöhne um 3 Prozent – das sei eine wichtige Entwicklung in dieser Tieflohnbranche. In den privaten Sicherheitsdiensten konnten die Mindestlöhne für Mitarbeitende im Stundenlohn um 2 Prozent angehoben werden. In den Tankstellenshops steigen die Mindestlöhne um 1 Prozent und im Personalverleih um 1,1 Prozent. «Einige Arbeitgeber zeigten sich in den Verhandlungen extrem hart. Coop und Fenaco verweigerten generelle Lohnerhöhungen – die Lohnverhandlungen scheiterten.» In vielen Unternehmen in der Industrie sind die Verhandlungen noch nicht abgeschlossen. «Die bisherigen Resultate sind bescheiden, oft gibt es nur individuelle Lohnerhöhungen. Bei Nestlé am Standort Lausanne und Nespresso gibt es sogar eine Nullrunde. Nicht mal die Teuerung wird ausgeglichen!»

NICHT AM ZIEL. Es muss also weitergekämpft werden. «Um die Verluste der letzten Jahre auszugleichen, braucht es signifikante generelle Lohnerhöhungen», sagt Noémie Zurlinden. Kollektive Lohnverhandlungen seien deshalb auch 2026 absolut zentral.

Branche	GAV / Unternehmen	Effektivlöhne	Mindestlöhne	Weiteres
Bau & Bauindustrie	Betonwaren-Industrie	Fr. 15.– generell, Fr. 5.– individuell		
	Bureaux d'ingénieurs à Genève		Fr. 100.– bis 200.–	
	Ziegelindustrie	Fr. 50.– generell	Fr. 10.–	
MEM-Industrie	Constellium Valais SA	0,7% individuell	0,1%	
	GAV Maschinen-, Elektro- und Metallindustrie		0,1%	
	Scintilla AG	0,9% individuell	0,1%	
	Siemens	0,5% individuell	0,1%	
Stadler Rail		0,5% generell		Weihnachtsgeld Fr. 1000.–
Wago Contact SA		0,5% generell, mindestens Fr. 25.– pro Monat	0,1%	
Energie	EWB Energie Wasser Bern	0,2% generell, 0,7% individuell		
Lebens- & Genussmittelindustrie	Fenaco	0,1% generell, 0,65% individuell, 50 Franken für zwei Drittel der Beschäftigten bis 4750 Franken in der Lebensmittelindustrie	Fr. 100.– (mit Ausnahme der Lebensmittelindustrie)	
	Haco / Narida AG	0,5% generell, plus 30 Franken für Löhne bis 5000 Franken, 0,5% individuell		
Nestlé Standort Lausanne & Nespresso		0%		
	Schweizer Zucker	0,7% individuell		
Union Central-schweizerischer Cigarrenfabrikanten (UCIFA)		Fr. 20.– generell	Fr. 20.–	Mutterschaftsurlaub 100% bezahlt (bisher 80%)
	Wander AG	0,3% generell, 0,7% individuell	Fr. 100.–	
Uhrenindustrie	GAV der Schweizerischen Uhren- und Mikrotechnik-Industrie	0,2% oder Fr. 12.– generell		

Branche	GAV / Unternehmen	Effektivlöhne	Mindestlöhne	Weiteres
Dienstleistungen	Coop Genossenschaft	1% individuell	Fr. 100.–	
	L-GAV des Gastgewerbes		0,2%	
	Reinigung Deutschschweiz		3%	
Sicherheitsdienstleistungen			2% (Kategorie C, Mitarbeitende im Stundenlohn)	
	Tankstellenshops		Fr. 40.–	
Gewerbe	Autogewerbe Bl., BS	0,5% generell		
	Automobile Jura-Jura bernois	Fr. 30.– generell	Fr. 20.– bis Fr. 60.–	
	Autorimesse TI	0,3% generell	1%	
	CCT du secteur du paysagisme Fribourg, Neuchâtel, Jura und Jura bernois		2,2% generell	
Decken-/Innenausbau				
	Elektro (CH ohne GE und VS)	Fr. 50.– generell		Mittagsentschädigung + Fr. 2.–, Ferien + 2 bis + 5 Tage, Vaterschaftsurlaub 10 Tage zu 100%
Gebäudehölle D-CH + TI				
	Holzindustrie	Fr. 25.– generell	Fr. 25.–	
Kaminfeuer ZH				
	Métallurgie du bâtiment du canton de Genève	Fr. 20.– generell	Fr. 60.– bis Fr. 80.– bei den Lernenden	
Parc et jardins, pépinières et l'arboriculture canton de Genève				
	Schreiner D-CH, TI	Fr. 20.– generell, Fr. 30.– individuell	2,5%	
SOR Ausbaugewerbe Romandie / CCT Second œuvre romand (plâtrerie-peinture, métiers du bois, ...)		Fr. 53.10 generell	Fr. 151.– bis Fr. 196.–	
Chemie / Pharma	Novartis	0,8% bis 1,2% generell (je nach Lohnhöhe) und 100 Franken für Jahreslöhne bis 85 000 Franken		
	Roche	0,8% individuell		



Nicht alles wird schlechter: Regeln und Gesetze, die sich 2026 positiv verändern Hier sammelt das neue Jahr Pluspunkte

Die 13. Rente, eine digitale Identitätskarte und mehr Handlungsmöglichkeiten für Stalking-Opfer: 2026 hält einige neue Gesetze und Neuerungen bereit.

MARIA KÜNZLI

AHV. Im Dezember 2026 wird erstmalig die 13. Rente ausgezahlt. Pensionierte müssen nichts unternehmen, das zusätzliche Geld wird automatisch überwiesen. Die 13. Rente bekommt alle Bezügerinnen und Bezieger, unabhängig davon, ob sie zurzeit Anspruch auf Ergänzungsleistungen (EL) haben oder nicht. Die 13. Altersrente darf laut Verfassungstext nicht dazu führen, dass jemand die EL gekürzt oder gestrichen werden. Infos: rebrand.ly/neuerung-rente.

STALKING. Wer Opfer von Stalking wird, hat es ab sofort leichter, die Täterin oder den Täter anzuzeigen. Denn seit Anfang 2026 ist Stalking als neuer Tatbestand im Strafgesetzbuch eingetragen. Vorher konnte Stalking, also das systematische und wiederholte Nachstellen, Bedrohen oder Belästigen, nur bestraft werden, wenn ein anderer Tatbestand wie zum Beispiel Nötigung betroffen war. Stalking wird mit einer Geldstrafe

oder einer Freiheitsstrafe von bis zu drei Jahren geahndet. Infos: rebrand.ly/neuerung-stalking.

BETREIBUNG. Wer ungerechtfertigt betrieben wird, leidet oft darunter: Die Betreibung bleibt fünf Jahre lang im Betriebungs-

Die Krankenkasse übernimmt jetzt mehr Impfungen.

register sichtbar. Dadurch haben Betroffene zum Beispiel bei der Wohnungssuche erhebliche Nachteile. Betriebene können aber ein Gesuch stellen, dass die Betreibung nicht mehr angezeigt wird. Bisher mussten sie dies innerhalb eines Jahres tun. Neu haben sie dafür fünf Jahre Zeit.

IMPFUNGEN. Bestimmte Impfungen werden neu von der Krankenkasse übernommen, zum Beispiel die App «Deprexis». Die Anwendungen muss eine Fachärztin oder ein Facharzt verschreiben. **E-ID.** In der zweiten Jahreshälfte wird eine neue Identitätskarte mit Chip eingeführt. Sie enthält biometrische Daten wie Fingerabdrücke und das Gesichtsbild. Ergänzend dazu wird es die e-ID geben, eine digitale Identitätskarte, die lokal und verschlüsselt auf dem Smartphone gespeichert wird. Damit wird es zum Beispiel möglich sein, ein Konto zu eröffnen oder bei Käufen von Alkohol oder Tabak das Alter nachzuweisen. Die Nutzung der e-ID ist freiwillig und kostenlos – Schweizer Bürgerinnen und Bürger können weiterhin die bisherige ID nutzen.

DIGITALE APPS. Einige digitale Therapieangebote zur Behandlung von Depressionen werden von der obligatorischen Krankenpflegeversicherung bezahlt. Das betrifft Apps zur Verhaltstherapie bei leichten bis mittelschweren Depressionen, zum Beispiel die App «Deprexis». Die Anwendungen muss eine Fachärztin oder ein Facharzt verschreiben.

STROMPREISE SINKEN

Gute Nachrichten für das Haushaltspersonal: In diesem Jahr sinken die Strompreise in der Schweiz um durchschnittlich vier Prozent. Das bedeutet, dass Schweizer Haushalte 2026 im Durchschnitt 131 Franken weniger bezahlen als letztes Jahr. Sie möchten wissen,

welche Strompreise in Ihrer Gemeinde genau gelten und wie viel Sie berappen müssen? Unter strompreise.elcom.admin.ch erhalten Sie aktuelle Informationen zu Stromtarifen in der ganzen Schweiz. (mk)

ENTZUG. Die Schule darf das Handy nicht den ganzen Tag behalten, also nicht über den Unterrichtsschluss hinaus. Ein längerer oder wiederholter Entzug außerhalb der Unterrichtszeit wäre unverhältnismässig und kann sogar als unzulässige Sanktion gelten.

Hast auch du eine Frage an die Unia-Jugendsekretärin? Schreibe an jugend@unia.ch

Dieser Text stammt aus der Zeitschrift für Konsumentenschutz «Saldo».



Hörbuch-Apps: So treffen Sie die beste Wahl

Das Angebot an Hörbuch-Apps ist riesig. Doch die Apps unterscheiden sich beim Sortiment, beim Preis und bei der inbegriffenen Hörzeit. Beliebig viele Bücher lassen sich bei Audioteka (Fr. 8.40 pro Monat), Kobo (Fr. 9.99) sowie den teureren Abos von Storytel (Fr. 17.40) und Nextory (Fr. 19.95) streamen. Bei anderen Apps ist die Hörzeit pro Monat begrenzt. Zum Beispiel auf 20 Stunden bei den günstigen Abos von Storytel (Fr. 7.25), Bookbeat (Fr. 10.99) und Nextory (Fr. 13.95). Schlusslicht ist Spotify: Pro Monat sind nur gerade 12 Stunden im Abo (Fr. 15.95) enthalten. Weitere 15 Stunden kosten 9 Franken extra. Ein Sonderfall ist Audible von Amazon: Nur wenige Titel lassen sich streamen. Die meisten kauft man einzeln und lädt sie herunter. Sie kosten je nach Abo Fr. 6.50 oder Fr. 9.60 – unabhängig von der Hörzeit pro Titel.

20 Stunden pro Monat gibt es bei Storytel im Abo für Fr. 7.25.

EINE FRAGE DER LÄNGE. Wer also hauptsächlich lange Hörbücher mit 30 Stunden oder mehr hört, fährt mit Audible oder den Abos ohne Stundenlimite günstiger. Wer kürzere Hörbücher bevorzugt, kann ein Abo für 20 Stunden pro Monat wählen. Beispiel: Drei Bücher à 6 Stunden sind bei Storytel für total Fr. 7.25 im Monat zu haben. Bei Audible würden die drei zusammen fast 29 Franken kosten.

AUF'S SORTIMENT KOMMT'S AN. Vor einem Abokauf sollte man unbedingt das Sortiment der App ansehen. Audible und Spotify haben die meisten Titel im Sortiment. Bei den anderen Apps gab es Lücken. Bei Bookbeat, Audioteka und Kobo sind viele Hörbücher nicht im Abo enthalten, man muss sie zusätzlich bezahlen. MARC MAIR-NOACK

workrätsel

Gewinnen Sie eine Übernachtung!



Für eine Auszeit vom Alltag: Das Restaurant «1910» ist mit einem Stern im Guide Michelin 2025 und 16 Gault-Millau-Punkten ausgezeichnet. Der Whirlpool im Garten bietet Entspannung pur, und der Blick auf den Eiger ist einfach atemberaubend.

Hotel Belvedere Grindelwald
www.belvedere-grindelwald.ch

LÖSUNG UND GEWINNERIN AUS NR. 15/2025
Das Lösungswort lautete: TANNENBAUM



DEN PREIS, 400 Franken Reka-Card-Guthaben, hat gewonnen: Franziska Lustenberger, Luzern
Herzlichen Glückwunsch!

Hauptgeschäftsstelle	↓	↓	Spielstein beim Schach	ohne jeden Luxus, dürf'tig	ehem. CH-Tri-athletin (Karim)	↓	↓	schweiz. Grafiker † 2015 (Hans)	Seerosenart	eingeschaltet	Gebärde, Wink	↓	internat. Autorenverband	Längsleiste e. Leiter	Tablettverpackung	↓	weibl. span. Pluralartikel	ugs.: sowieso
innere Sammlung	►							grosses Depot	►									
Nasal-laut	►		ohne Zeitverzögerung		Bündnisse	►							frz. Film-preis		Esels-laut	►		8
erfolgreicher Streik bei Swatch in der ...	►							runder Griff		brit. Rock-musiker		work-Podcast; working ...	►	4				Märchen-gestalt
	►				oriental. Gedicht-sammlung		Verkleidung	►				9			senkrechte Ausdehnung		Pflanzen wässern	
falsch, abwegig		Haus-vorbau		Arbeit, Service Mz.	►						gegorenes Milchprodukt		Schloss östl. von Winterthur					
unangenehm	►	▼					schweiz. Kult-bonbon		bitter-kalt	früh. Einheit f. Nährwert					Oberbekleidung	sächl. Fürwort		
	►		1	Berufs-ausbildung Mz.		Missee-täter	►											
hohe Gelände-erhebung	Renn-wagen		brünnig (bei Hunden)	►					Weiss-wal		Annahme, Behaup-tung	►						
Erzittern der Erde	►						schweiz. Film-regisseur (Fredi)		Brauch		gras-artige Sumpf-pflanze	►			3	Nutzbau d. Tropen		
	►		Tempe-ratur-einheit		Ton-künstler	►											Ansprachen	
Halbmetall		ent-setzlich	►															
besitz-anzeig. Fürwort	►						an diesem Ort, dort		Ausruf		Ver-fasser	►					Identitätskarte (Kw.)	
... für Armee, keines für Arme		Anspie-lung	►														ital. Tonbez. für das E	
	►				Opern-solo-gesang	►												

1 2 3 4 5 6 7 8 9

Lösungswort einsenden an: work,
Postfach, 3000 Bern 16, oder per E-Mail:
verlag@workzeitung.ch
Einsendeschluss 5. Februar 2026

INSERET

Klimaschutz bauen.



GOTTHARD-TUNNEL
BAUBEGINN: 1872

Damals wie heute.



Ja

zur Klimafonds-Initiative 8. März 2026





WORKLESERFOTO**So schön kann Kälte sein**

WANN 6. Januar 2026

WO Bei Seeberg BE

WAS Eiszeit im Oberaargau: der Mutzbachfall

Eingesandt von Ulrich Bärtschi, Herzogenbuchsee BE

Gewinnen Sie 100 Franken!

Senden Sie uns Ihr Lieblingsfoto: Wenn es abgedruckt wird, gewinnen Sie 100 Franken! Schreiben Sie uns, was es zeigt und wo, wann und wie es entstanden ist. Bitte vergessen Sie nicht, Ihre vollständige Adresse anzugeben. Senden an redaktion@workzeitung.ch, Betreff «Leserfoto»

WORKPOST

WORK 15 / 11.12.2025:
VERKÄUFERIN DORIS SCHNEEBERGER
ZUM SONNTAGSVERKAUF

Jetzt schon zu viel

Jesses, no mee Sünntigä offä... Das ist echt nicht nötig. Der Umsatz wird nicht mehr, wenn man das ausrechnet. Zumal es für das Personal im Detailhandel jetzt schon zu viel ist mit den sehr langen Öffnungszeiten. Sonntage sind Ruhtage. Das hat man in der Schweiz mit dem Fabrikgesetz 1877 eingeführt. Ich selber geniesse den freien Sonntag immer wieder von neuem und bin sehr dankbar dafür.

KREATIVE,VIA TIKTOK

Wehrt euch!

Da müssen sich alle vehement dagegen wehren. Im Verkauf sind die Arbeitszeiten schon zu lange, der Stress und der Druck hoch und die Löhne tief. Schützt endlich das Verkaufspersonal!

7RACHEL4P VIA INSTAGRAM

WORK 15 / 11.12.2025:
ROSA ZUKUNFT / PETER BODENMANN

Am Samstag ganztags Zeit

Leute, die Montag bis Freitag arbeiten, haben am Samstag den ganzen Tag Zeit, ihre Einkäufe zu erledigen. Einen Tag ohne Shopping werden wohl alle überleben.

Menschen, einfach Menschen

Peter Bodenmann, zwei Jahre jünger als ich, im Wallis aufgewachsen wie ich, war früher politisch auf derselben linken Spur, wir waren beide in der SP. Im Laufe der Jahre haben wir uns politisch

different entwickelt. Er, der studierte Jurist, ist immer noch der «Altsozi» von damals; ich, der studierte Volkswirtschafter, habe mich – ohne die SP-Prinzipien der sozialen Gerechtigkeit, der Solidarität und der demokratischen Mitbestimmung zu leugnen – leicht in die politische Mitte bewegt. Meine eindrücklichen Erfahrungswerte aus fünfzig Jahren politischer Arbeit haben mich dazu geführt. Bodenmann ist leider in seinem Denken und Antizipieren stehengeblieben. Nicht, dass er ein intellektueller Flachwurzler wäre, auch nicht ein Staatsblinder (er war immerhin zwei Jahre im Staatsrat des Kantons Wallis) und schon gar kein Dilettant hinsichtlich Wirtschaftsfragen (er ist ja Gastronom). Aber er will und kann seine Position im Links-rechts-Schema einfach nicht finden. Bis heute nicht. Nun ist Alfred Gantner in seine verschlossene Welt eingebrochen. Mit einem delikaten Vorschlag zur Vermögensbesteuerung von Reichen, sehr Reichen. Das darf doch nicht wahr sein. Ein Milliardär mit sozialen Gedanken. Das liegt jetzt gar nicht in Bodenmanns Denkspektrum. Vielleicht setzen sich die beiden einmal zusammen und spätisieren darüber, dass Menschen einfach Menschen sind.

TONI STADELMANN, ZÜRICH

SRG HALBIERUNGINITIATIVE**Die Heuchler von rechts**

Eines ist so sicher wie das Amen in der Kirche: Kommt die Halbierungsinitiative am 8. März an der Urne durch, wird uns die politische Rechte mit noch mehr Fake News

überziehen, als dies heute bereits der Fall ist. Was das heisst, illustrieren die SRG-Abschaffer gleich selbst auf ihrer Kampagnenwebsite – mit vielsagendem Anschauungsmaterial. Klickt man diese an, wähnt man sich auf einer Plattform der Gewerkschaften. Da wird scheinheilig auf steigende Lebenshaltungskosten hingewiesen und in pseudosozialer Manier so getan, als ginge es bei der SRG-Halbierung tatsächlich um «mehr Geld für unsere Bützer» und «mehr Geld zum Leben». Verantwortlich für diese vorgetäuschte linke Rhetorik sind ausgerechnet rechtsaußen stehende SVP-Politiker wie Gregor Rutz, Thomas Mutter und Marco Chiesa – Politiker also, die seit Jahr und Tag alles bekämpfen, was die Kaufkraft der breiten Bevölkerung mit normalen Löhnen stärken würde, und die alles ablehnen, was die Gewerkschaften fordern. Fake News pur also. Genau das wollen die Initianten: Fakten pervertieren, Absichten kaschieren und die Realität manipulieren – so, wie sie es auf ihrer Website vor machen. Am besten gelingt ihnen das, wenn sie dabei nicht von faktenbasiertem, unabhängigem Journalismus gestört werden, wie ihn die SRG betreibt. Genau deshalb wollen sie diese zertrümmern. Das sollten wir alle – und erst recht Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter – nicht zulassen und klar Nein sagen.

WALTER LANGENEGGER, PER E-MAIL

Schreiben Sie uns

Ihre Meinung und Ihre Erfahrungen interessieren uns. Schreiben Sie per E-Mail an redaktion@workzeitung.ch oder an work Redaktion Leserbriefe, Gewerkschaft Unia, Postfach, 3000 Bern 16



Daniel Schneider (55) macht das Eisfeld und die Badi blitzblank

Manchmal bringt ihn auch Eis ins Schwitzen

Daniel Schneider lebt und liebt die Abwechslung. Im Sportzentrum Heuried ist er deshalb genau am richtigen Ort.

IWAN SCHAUWECKER | FOTOS RAJA LÄUBLI

Daniel Schneider beginnt mit seiner Frühschicht in der winterlichen Dunkelheit. Dichter Nebel hängt über dem Eisfeld. Schneider schaltet die Lichter und die Musik an und macht das Sportzentrum Heuried mit seinen Teamkolleginnen und -kollegen parat für die Schulkinder, die sich an diesem Vormittag auf dem Eisfeld vergnügen werden. Das Eis erhält noch einen letzten Schliff mit der Eismaschine. Das Messer an der Hinterseite des Gefährts schneidet das Eis, und Düsen sprühen das Wasser mit Hochdruck auf die Eisfläche.

AUCH EIN BERUFSBILDNER

In der Garderobe stellt Schneider die Schränke mit den vorreservierten Schlittschuhen für die Kinder bereit. Zur Stimmung auf dem Eisfeld sagt Schneider: «Schlittschuhlaufen ist auch eine Art Tanz, es geht um Balance und das Ausprobieren von Bewegungen, fröhlich, ausgelassen, spielerisch.» Er selber ist jedoch nur noch selten auf den Schlittschuhen unterwegs. Auch als Jugendlicher sei er vor allem wegen des Ambiente und der Begegnungen auf die Eisbahn gegangen. «Das Schönste an meiner Arbeit sind die Abwechslung und der Kontakt mit den Leuten», sagt Schneider. Nicht nur ist jeder Tag anders und manches unvorhersehbar, auch die unterschiedlichen Jahreszeiten sorgen für Vielfalt. Im Winter ist Schneider Eismeister, im Sommer Bademeister und das ganze Jahr über Berufsbildner. Er sagt: «Seit drei Jahren bieten wir die Lehre in Betriebsunterhalt mit Schwerpunkt Sportanlagen an.» Das sei eine sehr vielfältige Berufslehre, bei der die Lernenden alle sechs Monate eine neue Sportanlage kennengelernten. Im Verband «Fachmann Betriebsunterhalt» ist Schneider auch verantwortlich für die Inhalte der Abschlussprüfungen.

BELIEBTER TREFFPUNKT

Schneider kam 2017 vor der Neueröffnung der Sportanlage zum Betrieb der Stadt Zürich. Im Sommer ist das Heuried ein Freibad und beliebter Treffpunkt für Familien und Kinder. Schneider sagt: «Wir haben Jugendliche hier, die sich keine Ferien leisten können. Da haben wir manchmal auch eine Erziehungsfunktion, wenn es überbordet.» Aber meistens bleibe es friedlich. Viel öfter gebe es technische Probleme zu lösen. Mit seinem beruflichen Background im Wellnessbereich und mit Berufserfahrungen in Hallen- und See-

bädern weiss Schneider meistens Bescheid. Bei technischen Störungen muss Schneider schauen, dass die Anlage möglichst schnell wieder läuft. Dazu kommen Routinearbeiten wie zum Beispiel Wasserpuren und der Umgang mit chemischen Zusatzstoffen. Manchmal muss Schneider auch eine defekte Barriere in der Tiefgarage flicken oder in der Werkstatt einem Kollegen helfen.

IDEEN FÜR DIE ZUKUNFT

In der Zwischensaison im Herbst werden die Sonnenschirme versorgt, die ganze Anlage umgebaut, das Feld gereinigt und für die Eisschicht bereitgemacht. Schneider sagt: «Die ersten zwei Zentimeter des Eises bewässern wir mit dem Schlauch. Unter dem Platz sind die Rohre mit dem Kühlmittel, das dem Wasser die Wärme entzieht.» Erst dann kommt die Eismaschine zum Einsatz, mit der Schneider die Eisschicht millimetergenau präparieren kann. Wenn das Eis zu verfahren ist, gibt es während der Öffnungszeiten eine Pause von 15 Minuten, um das Eis zu reinigen. Schneider sagt: «Mit dem Abrieb des Eises könnten wir im Park des Freibades gut auch noch eine kleine Langlaufloipe in Betrieb nehmen.» Das sei aber vorerst nur eine Idee und noch nicht umgesetzt. Auch sonst hätte Schneider noch einige Ideen, insbesondere was die Nutzung der Abwärme aus der Kühlanlage angeht. «Eigentlich wäre dieser Ort super für ein Hallenbad oder auch eine Sauna.»

Aber vorerst bleibt es beim Freibad im Sommer und dem Eisfeld im Winter. Im Halleninnern gibt es zudem noch ein zweites Eisfeld, das ganzjährig für Eishockey und den Eiskunstlauf in Betrieb ist. Die Schichtpläne sind im Sommer so gemacht, dass man nicht am gleichen Tag bei 5 Grad drinnen in der Halle und bei 30 Grad draussen arbeiten muss. Schneider arbeitet in einem 80-Prozent-Pensum und verdient rund 5500 Franken brutto pro

Monat. Er sagt: «Die Arbeitsbedingungen bei der Stadt Zürich haben sich in den letzten Jahren deutlich verbessert, früher zählte zum Beispiel das Umziehen nicht als Arbeitszeit.» Auch bei Weiterbildungen sei die Stadt sehr grosszügig. Die Schicht- und Wochenenddienste seien aber eine Einschränkung für Privatleben. Er sagt: «Die Arbeit hier ist schön, aber es ist ein Job, der 365 Tage pro Jahr gemacht werden muss und auch viel abverlangt.»



DANIEL SCHNEIDER

MAURER, MASSEUR, MEISTER

Daniel Schneider ist in der Stadt Zürich aufgewachsen und machte eine Lehre als Maurer. Nach ein paar Jahren als Selbständiger im Baugewerbe und Jobs als Maler und Gipser zog es ihn als Beleuchter in die Theaterwelt zum Musical «Cats». Im Jahr 2000 arbeitete er erstmals für die Stadt Zürich als Bademeister. Er machte auch eine Weiterbildung in türkischer Massage und war am Aufbau des Hammams im Stadtbad Zürich beteiligt. Zum Job als Eis- und Bademeister kam er vor neun Jahren.

GARTEN. Weil Schneiders Frau ebenfalls im Schichtbetrieb in einem städtischen Bad arbeitet, sehen sie sich unter der Woche nicht so oft. Zusammen mit ihren beiden jugendlichen Söhnen leben sie in einer Genossenschaftswohnung am Stadtrand von Zürich. Dort hat Schneider auch zwei Schrebergärten gepachtet, wo er Obst und Gemüse anbaut und in seiner Freizeit häufig antrifft.

GLAUBE. Auf die Frage, welches Buch er auf eine einsame Insel mitnehmen würde, sagt Schneider: die Bibel. Den christlichen Glauben hat er als junger Erwachsener entdeckt. Derzeit schaut er auf Netflix eine Neuinszenierung der biblischen Geschichte: «The Chosen».

SAISONARTIKEL:
Laufhilfen für die ersten Kinderschritte auf dem Eis, Curlingstöcke, Leihschlittschuhe im Service (von links).

**Sozialabbauer? Lohndumper?
Jobvernichter? work nennt die Namen.
Angriffig, kritisch, frech.**

work abonnieren.
Für nur Fr. 36.– im Jahr
jeden dritten Donnerstag direkt ins Haus.



WORKIMPRESSUM work ist die Zeitung der Gewerkschaft Herausgeber work, Gewerkschaft Unia Verlag und Redaktion Weltpoststrasse 20, 3000 Bern Postadresse Postfach, 3000 Bern 16 Telefon Verlag und Redaktion 031 350 24 18 E-Mail Verlag verlag@workzeitung.ch E-Mail Redaktion redaktion@workzeitung.ch Internet www.workzeitung.ch Redaktion Anne-Sophie Zbinden (Chefredaktorin), annesophie.zbinden@workzeitung.ch; Jonas Komposch (Stv. Chefredaktor), jonas.komposch@workzeitung.ch; Christian Egg, christianegg@workzeitung.ch; Ralph Hug, ralph.hug@workzeitung.ch; Darja Knežević, darjaknezevic@workzeitung.ch; Parzival Meister (Produzent/Redaktionsleiter), parzival.meister@workzeitung.ch; Julia Neukomm, julianeukomm@workzeitung.ch; Iwan Schauwecker, iwan.schauwecker@workzeitung.ch Mitarbeit an dieser Nummer Peter Bodenmann, Oliver Fahrni, David Gallusser, Laura Gonzalez, Martin Jakob, Maria Künzli, Regula Rytz, Clemens Studer. Gestaltung/Layout Silvia Aeschbach, silvia.aeschbach@workzeitung.ch; Nina Seiler, ninaseiler@workzeitung.ch; Korrektorat Urs Remund, ursremund@workzeitung.ch, Andrea Leuthold Sekretariat Fabienne Jalily, verlag@workzeitung.ch Anzeigenmarketing Fabienne Jalily, Telefon 031 350 24 18, anzeigen@workzeitung.ch Druck CH Media Print AG, Im Feld 6, 9015 St. Gallen Abonnement Jahresabonnement (15 Ausgaben) Fr. 36.–, Einzelpreis Fr. 2.80, Euro 2.–. Abodienst Unia-Mitglieder: Bitte wenden Sie sich an die zuständige Unia-Sektion. Übrige Abonnementen: Mo-Fr 9–11.30 Uhr, Telefon 031 350 24 18, abo@workzeitung.ch Auflage 60 488 inkl. Beilagen für alle Mitglieder der Gewerkschaft Unia